Nr. 85. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 27. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Organisation des russischen Volksheeres.

Vorstoß am Crozat-Kanal. — Feindliche Anläufe gegen Lenilly-Neuville. — Gefecht bei Craonelle. — Luftangriff auf Dünkirchen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vom Kanal von La Bassée bis auf das Süduser der Scarpe war gestern der Geschützkampf heftig.

Im Hügelgelände südwestlich von St. Quentin stießen unsere Truppen gegen die über Somme und Crozat-Kanal vorgedrungenen französischen Kräfte vor und fügten ihnen in heftigem Gefecht starke Verluste zu; 100 Gefangene, mehrere Maschinengewehre und ein Infanteriegeschütz sind eingebracht worden.

Oestlich des Allette-Grundes und gegen die Linie Lenilly-Neuville führte der Gegner erhebliche Teile mehrerer Divisionen nach lebhaftem Artilleriefeuer zum Angriff gegen unsere vorgeschobenen Abteilungen, die den an einzelnen Stellen dreimal anlaufenden Feind verlustreich abwiesen.

Bei Craonelle nördlich der Aisne ist ein Vorstoß der Franzosen im Nahkampf gescheitert.

Am 24. 3. abds. griff ein Fliegergeschwader Dünkirchen an; mehrere Brände wurden beobachtet.

Gestern verlor der Feind in Luftkämpfen 11 Flugzeuge.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

ist bei meist geringer Artillerie- und Vorfeldtätigkeit die Lage unverändert.

Bombenabwurf unserer Flieger auf Truppenlager bei Suevce südöstlich des Dojran-Sees hatten sehr gute Wirkung.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 26. März. Abends.

Vorpostengefechte bei Logincourt nordöstlich von Bapaume und bei Roisel östlich von Peronne; sonst im Westen bei schlechtem Wetter nichts Besonderes.

An der mazedonischen Front hat die Kampftätigkeit nordwestlich von Monastir wieder zugenommen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. März 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Csobanyos-Tales scheiterte ein russischer Angriff; sonst nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der Rat der Arbeiter und Soldaten.

Organisation des Volksheeres. — Bedingte Wiederaufnahme der Arbeit.

Stockholm, 26. März. Wie „Rußkija Wolja" meldet, fand am 17. März eine siebenstündige Versammlung der Vertreter der auf der Seite des Arbeiterausschusses stehenden Truppenteile statt. Die Debatte, die äußerst stürmisch gewesen sei, betraf die innere Ordnung des Petersburger Volksheeres. Zahlreiche Redner machten Vorschläge, die Heeresorganisation auf Grund der Selbstverwaltung einzurichten. Durch Kompagnie-, Bataillons- und Regimentsausschüsse sei das Offizierkorps bis zum höchsten Befehlshaber zu ernennen. Die Versammlung nahm einen so stürmischen Charakter an, daß die Entscheidung der Frage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden mußte.

Während der Debatte erschien Kerenski, der mit Jubel begrüßt wurde, und teilte mit, daß er der Interimsregierung vorgeschlagen habe, allen Soldaten, die bisher aus politischen Gründen aus der Offizierslaufbahn ausgeschlossen worden seien, die vollen Rechte zu geben. Die Versammlung begrüßte ferner mit donnerndem Hurra den Maschinisten Derjabin, der der Führer des Zuges war, worin General Iwanow mit einer Anzahl Georgsritter nach Petersburg fuhr, um den Befehl zu übernehmen. Die Absicht des Generals mißglückte, da der Maschinist auf eine Nachricht aus Petersburg den Dienst einstellte.

Der Vertreterausschuß erließ, wie der „Frankf. Zeitung" aus Stockholm mitgeteilt wird, einen Aufruf an die Arbeiterschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen unter dem Vorbehalt der Wiedereinstellung auf das erste Zeichen einer Aenderung der Lage.

Zurzeit nehmen die Gründungen von sozialistischen Provinzorganisationen und die Verhandlungen in der interimistischen Regierung über die sofortige Einführung der Sonntagsruhe, dem Achtstundentag und des Frauenwahlrechts in der städtischen Verwaltung von Petersburg ihren Fortgang.

*

Ueber die Organisation des „Verbandes der republikanischen Offiziere" in Rußland wird der „Voss. Ztg." folgendes mitgeteilt: Die engere Geschäftsführung liegt in den Händen eines leitenden Ausschusses von 25 Personen, zu dem der Verband 15 entsendet, während die übrigen 10 von der russischen sozialdemokratischen Partei ernannt werden. Die 12 Mitglieder des „Großen Rates" werden als Vertrauensmänner des Verbandes den einzelnen Truppenteilen vom Regiment aufwärts beigegeben, und zwar je ein Arbeiter als Soldat.

Eine Friedensrede im Unterhaus.

Amsterdam, 26. März. (T. U.) Der radikale Abgeordnete Sir R. Byles erklärte im Unterhaus bei einer Besprechung der russischen Ereignisse: Wenn Könige und Regierungen aus ihren Völkern Spielzeug und Schachfiguren machen und sie dazu gebrauchen, sich gegenseitig totzuschießen und auszuhungern, so müssen sie darauf vorbereitet sein, daß ihre Kronen wackig werden! Byles schlug der Regierung Sr. Majestät des Königs eine andere Art, den Krieg zu gewinnen, vor. Während der letzten zweieinhalb Jahre hätte die Regierung versucht, den Krieg mit physischer Gewalt zu gewinnen. Die bessere Methode wäre zu versuchen, mit dem Feind zu einem Arrangement der Vernunft zu kommen. In jedem Wahlkreise Englands bestände eine große öffentliche Meinung zugunsten von Friedensverhandlungen. Byles fragte: Gibt es keinen englischen Staatsmann, der versuchen wollte, diesen Kampf endlich zu beendigen?

Das bemerkenswerteste ist, daß Byles ausreden konnte und keine Tumultszene im Unterhause, nicht einmal einen Zwischenruf auslöste.

Eine Liste bisher versenkter Schiffe.

Amtlich. Berlin, 26. März. Unter den bereits in früheren Veröffentlichungen im März bekannt gegebenen U-Boots-Erfolgen befanden sich, wie aus den inzwischen eingegangenen ausführlicheren Meldungen unserer U-Boote hervorgeht, ausschließlich der unterm 25. d. M. gemeldeten Schiffe, u. a. folgende:

1. Englische Schiffe:

Die bewaffneten Dampfer Dunbarmoor (3651 To.) mit Getreide, Bray Head (3077 To.) mit Stückgut, Karragunjett (Tankdampfer, 9169 To.) mit Oelladung, die Dampfer Norma Pratt (4416 To.) mit Häuten, Fenay Lodge (3223 To.) mit Holzladung, Rosalie (4237 To.) mit Kohlen, Tankdampfer Winnebago (4666 To.) mit Heizöl für Frankreich, die Biermastbark Iverlogie (2347 To.) mit Kohlen, die Segler T. Crowley mit Briketts, Mehterrancan mit Kohlen und Elisabeth Eleanore.

2. Französische Schiffe:

Bewaffneter Dampfer Ohio (8719 To.) mit Munition und Baumwolle und das Vollschiff Jules Gommès (2595 To.).

3. Russische Schiffe:

Das Vollschiff Peru (1737 To.) mit Mais und Segler Alma mit Johannisbrot.

4. Norwegische Schiffe:

Die Dampfer Edvard Grieg (989 To.), Storstadt (6028 To.) mit Mais und die Segler Spartan (2287 To.), Collingrood (1042 To.) mit Mais und Silas (750 To.).

5. Die amerikanischen Dampfer Vigilancia (4115 To.) mit Lebensmitteln für Frankreich und Algonquin (2833 To.) mit Oelladung, der schwedische Dreimastschuner Dag mit Holzladung, der dänische Dampfer Rosenborg und der holländische Fischdampfer Tres Fratres ex Margaret.

6. Schiffe, deren Namen beim Nachtangriff oder weil sie keinen Namen an der Vorwand führten, nicht festgestellt werden konnten:

Ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 3500 To., ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 4000 To. mit Kohlen, ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 3000 To., ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 4000 To.,

ein bewaffneter englischer Transportdampfer von mindestens 10 000 To.,

ein bewaffneter Dampfer von etwa 5000 To. mit Erzladung, ein englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers North Wales, ein englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers Hycarnia und ein englischer Segler von etwa 2000 To. mit Kohlen.

Parlamentarisches System!

Das parlamentarische System ist kein ideales, aber es ist das notwendige Regierungssystem der Zeit. Wenn es sich in allen Ländern der Welt — Deutschland ausgenommen — durchgesetzt hat, so kann das unmöglich ein Zufall sein. Aus dem Volke geht die Volksvertretung hervor, aus dieser die Regierung, so ist es überall, in Monarchien und in Republiken, nur in Deutschland nicht.

Das parlamentarische System bedeutet noch nicht die Selbstregierung des Volkes, es ist aber jedenfalls ein Schritt zu ihr. Und diesen Schritt haben alle Völker getan, nur das deutsche nicht.

So gewiß zweimal zwei vier ist, und so gewiß die Weltgeschichte ihren Gang geht, wird auch Deutschland einmal das parlamentarische System haben. Andere Länder hatten schon Parlamente, wir hatten noch keine, und dann bekamen wir sie auch. Andere Länder hatten schon das gleiche Wahlrecht, wir noch nicht, und dann bekamen wir es auch — wenigstens für den Reichstag. Dieser war, als er entstand, unter der Hand des Eisernen ein ziemlich ohnmächtiges Gebilde, und zu mancher Zeit hätte ein vorsichtiger Mann für ihn und sein Wahlrecht keinen Dreier gegeben. Wer denkt heute noch, daß Deutschland ohne den Reichstag des allgemeinen Wahlrechts regiert werden könnte? Ganz allmählich ist der Reichstag an Macht und Einfluß erstarkt, und wenn man sich die Entwicklungslinie in dem bisherigen Tempo verlängert denkt, so erreicht sie gewiß in einigen zehn oder zwanzig Jahren den Punkt, an dem sie ins parlamentarische System übergeht.

Also, der Zukunft sind wir vollkommen gewiß, und wer Zeit zu warten hat, der warte!

Es erhebt sich aber die dringende Frage, ob wir so lange Zeit zu warten haben. Uns will scheinen, daß kein Mann von Gewissen diese Frage heute noch bejahen kann. Wir haben nicht Zeit, das, was einmal doch kommen muß, in gemächlicher Ruhe heranwachsen zu sehen, wir dürfen uns nicht auf das Faulbett der Entwicklung legen.

Ein neuer gefährlicher Feind hat sich gegen Deutschland erhoben — wir meinen nicht Amerika. Jener gefährliche Feind ist die Ueberzeugung — oder man nenne es unserthalben Irrwahn — der feindlichen Völker, daß sie gegen Deutschland die Freiheit der Welt zu verteidigen hätten. So lange noch der Zarismus stand, war es anders — aber jetzt sollte jeder Mensch in Deutschland, so hoch oder niedrig er gestellt sei, begreifen, daß sich ein ungeheurer Umschwung vollzogen hat. Für Deutschlands Kriegspolitik ist der Sturz des Zarismus ein gewaltiger, moralischer Verlust, den wir so rasch wie möglich wieder einholen müssen. Deutschland darf in dieser Zeit nicht in den Augen der Welt als der Staat dastehen, der in der Entwicklung seiner politischen Einrichtungen hinter allen anderen zurückgeblieben ist!

Darüber sollten sich zunächst die Reichstagsabgeordneten aller Parteien klar werden, denn sie sind es, auf die es ankommt. Der Uebergang zum parlamentarischen System stößt hierzulande auf sehr große Schwierigkeiten, und jene, die von außen kommen, sind nicht die größten, sondern eher die kleinsten. Hätten wir eine irgendwie homogene Mehrheit im Reichstag — welcher Reichskanzler würde sich gegen ihren Willen zu halten vermögen? Die größte Schwierigkeit liegt in der Scheu des Reichstags selbst vor den ungewohnten und gefährlichen Problemen, in die ihn das neue System zu verwickeln droht.

Wenn jede Partei nur ihre eigenen Forderungen vertritt und jede sich darauf berufen kann, daß ihre guten Absichten an dem bösen Willen der anderen gescheitert seien, so ist das schließlich für alle ein bequemer Zustand. Keine Partei, am allerwenigsten die sozialdemokratische, hat vom parlamentarischen System Annehmlichkeiten zu erwarten, und menschlich kann man es vollkommen verstehen, daß jeder gewiegte Politiker vor den Uebergangsschmerzen Angst hat. Es ist nicht so, daß die Parteien sich drängten, auf die Bühne der Verantwortung zu treten, im Parkett der Kritiker sitzt es sich doch viel bequemer.

Zu dieser Scheu gesellt sich die Schwierigkeit, daß die Parteien unter sich nicht nur getrennt, sondern geradezu zerklüftet sind, daß es also sehr schwer ist, im heutigen Reichstag eine Mehrheit zusammenzubringen, die nicht Objekt, sondern Subjekt der Regierung ist.

Alle diese Schwierigkeiten mag man zugeben, ja sie selbst noch übertreiben. Und trotzdem muß das parlamentarische Regierungssystem jetzt aufgehört haben, eine Frage der rein akademischen Erörterung zu sein: man muß es erkennen als das gegenwärtige Lebensproblem des deutschen Volkes.

Denn nur dadurch, daß wir als mündiges, seine Geschicke selbst bestimmendes Volk in die Erscheinung treten, können wir unseren Gegnern die Ueberzeugung beibringen, daß sie

keinen Grund haben, sich über uns zu erheben. Wie oft als Volk zu Volk in den Schützengräben gegeneinander kämpfen, so müssen wir als Volk zu Volk miteinander verhandeln können. Dann erst werden unsere Gegner uns glauben, daß es uns ernst darum ist, uns bis zum letzten Blutstropfen gegen sie zu verteidigen, daß wir aber auch bereit sind, mit ihnen einen ehrlichen Frieden zu schließen, sobald sie ihn schließen wollen.

Muß man sich auch ernstlich noch mit jenen auseinandersetzen, die im Parlamentarismus eine „Schwächung" Deutschlands erblicken? Ach, sie waren immer dieselben! Erst haben sie im Uebergang zum Konstitutionalismus eine Schwächung Deutschlands gesehen, dann in der Preßfreiheit, im allgemeinen Wahlrecht. Hätten sie mit ihren Warnungen recht gehabt, so lägen wir längst zerschmettert am Boden.

Nein, nicht um Deutschland zu schwächen, sondern um es stark zu machen für das Kommende, für den Krieg wie für den Frieden, darum brauchen wir das parlamentarische System und brauchen es jetzt! Denn wir haben die Pflicht, nicht nur militärisch, sondern auch politisch so stark zu sein, wie wir sein können.

Die neue Zeit ist von leitender Stelle oft genug prophezeit worden. Aber jetzt ist sie da! Begreift es!

Amerika beruft Truppen zum Bundesdienst.

Washington, 26. März. (Reuter.) Das Kriegsdepartement gibt die Aufrufung von 14 Regimentern Nationalgarde verschiedener Staaten zum Bundesdienst bekannt. Der Präsident unterzeichnete eine Order, durch die das Personal der Flotte auf 87 000 Mann erhöht wird.

Das russische Gefangenenlager in Totzki.

Auf eine im Reichstage eingebrachte Anfrage hat der Reichskanzler folgende Antwort erteilt:

Es ist richtig, daß in dem russischen Gefangenenlager in Totzki infolge einer schweren Typhusepidemie im Winter 1915/16 eine erschreckend große Zahl von Kriegsgefangenen — die Angaben schwanken zwischen 10 000 und 17 000 — gestorben sind. Hierunter haben sich nach neueren Feststellungen nur etwa 450 Reichsdeutsche befunden, während der Rest auf österreichisch-ungarische Gefangene entfiel. Es ist ferner zutreffend, daß die Leichen der Verstorbenen wegen des hartgefrorenen Bodens zum Teil nicht sogleich der Erde übergeben werden konnten und vor dem Lager aufgeschichtet längere Zeit unbestattet liegen geblieben sind.

Nachdem die deutsche Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Petersburg von den unerhörten Zuständen in Totzki Kenntnis erhalten hatte, sind sofort Schritte unternommen worden, um mit Unterstützung der amerikanischen Vertreter und anderer Neutraler Abhilfe zu schaffen. Insbesondere wurden mit den von schwedischer Seite eingerichteten Liebesgabenzügen die dringend erforderlichen Heilmittel sowie Kleidungsstücke aller Art nach Totzki gesandt; auch trat der dänische Arzt Professor Dr. Madsen, Leiter des Kopenhagener Seruminstituts, alsbald eine Reise dorthin an und nahm an allen Kriegsgefangenen vorbeugende Schutzimpfungen vor. Diese hatten das erfreuliche Ergebnis, daß die Seuche binnen kurzem erlosch.

Der vor einiger Zeit aus dem Trotzki-Lager zurückgekehrte österreichische Arzt Dr. v. Kitzling und ebenso die deutsche Rote-Kreuz-Schwester v. Passow, die das Lager vor einigen Monaten besucht hat, haben bestätigt, daß die Verhältnisse dort augenblicklich durchaus erträglich seien; das Gleiche geht auch aus allen neuerdings hierher gelangten Briefen der im Totzki-Lager befindlichen Kriegsgefangenen hervor. Nach Mitteilungen der erwähnten Roten-Kreuz-Schwester ist der durch seine Nachlässigkeit für die verhängnisvolle Ausbreitung der Seuche im Totzki-Lager in erster Linie verantwortliche Lagerkommandant zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Das russische Beruhigungspulver für Frankreich.

Die russische Revolution hat die braven französischen Kapitalisten ein wenig kopfscheu gemacht. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit klingen ihnen zwar noch ein wenig bekannt aus alter Zeit in den Ohren und der Fortschritt ist eine schöne Sache. Aber wie, wenn der Fortschritt im Tohuwabohu endet und nicht nur der Zar seines Thrones, sondern auch die ausländischen Kapitalisten ihrer Schuldtitel beraubt werden? Die russische Regierung bemüht sich, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Sie läßt durch die revolutionär gewordene Petersburger Telegraphen-Agentur feierlichst versichern, daß der Zinsendienst aufrechterhalten und ein neues Steuersystem alle Auflagen gemäß der Finanzkraft der verschiedenen Klassen der Steuerpflichtigen verteilen wird.

Der gute Wille mag stark, aber wird das Fleisch nicht zu schwach sein? Rußland ist ein zukunftsreiches Land, das nach fünfzig oder hundert Jahren alle Segnungen der kapitalistischen Zivilisation mit vollen Zügen genießen wird. Aber ehe es in dieses Paradies verwandelt ist, wird es harte Schwierigkeiten geben, die durch den Krieg ungeheuer angeschwollenen Steuersummen aufzubringen und allen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die neue Regierung spielt offenbar mit dem Gedanken einer Einkommensteuer, ein Gedanke, der die russischen Finanzpolitiker schon lange beschäftigt. Sie ist ohne Zweifel notwendig, nützlich und möglich. Aber lächerlich ist der Glaube, daß sie in einem kapitalistisch so unentwickelten Lande wie Rußland der Stein der Weisen ist. Schon deshalb lächerlich, weil das Einkommen des naturalwirtschaftlich vom Ertrage seines Ackers und seiner Hände lebenden Bauern gar nicht oder nur ganz ungefähr nach allgemeinen Merkmalen, nicht nach der individuellen Leistungsfähigkeit bemessen werden kann. Auch ist schließlich jede Einkommensteuer eine Probe auf das Staatsbewußtsein des Steuerpflichtigen. Man denke an die großen Steuerhinterziehungen, die selbst in einem Lande wie Deutschland gelingen, und man wird dann das richtige Maß für die technische und moralische Möglichkeit einer im Verhältnis zu den budgetären Erfordernissen wirklich ergiebigen Einkommensteuer in Rußland finden.

*

Petersburg, 25. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens begaben sich heute ins Rathaus, wo der Ministerrat eine Sitzung abhielt, und begrüßten die provisorische Regierung im Namen ihrer Regierungen.

Reformen in der russischen Armee.

Amsterdam, 26. März. „Times" meldet aus Petersburg vom 22. März über die Reformen, die in den russischen Armeen eingeführt werden sollen. Die Mannschaften werden sich in Zukunft selbst verpflegen. Zu diesem Zwecke wird jede Kompagnie eine Kommission von acht Soldaten wählen und ihre eigenen Lieferanten und einen Schreiber erhalten. Die Offiziere werden aber das Recht der Kontrolle behalten. Im Offizierskorps soll mit der bisherigen Protektionswirtschaft aufgeräumt werden. Die alten Generale, die die Altersgrenze bereits überschritten haben, werden pensioniert werden. Die Armeen an der Front und die in den Ruhestellungen sollen in engere Fühlung miteinander gebracht werden.

Der 23. März als Nationalfeiertag.

Stockholm, 26. März. Nach der Petersburger Telegraphen-Agentur soll der 23. März als Nationalfeiertag betrachtet und durch eine Statue vor der Peter-Pauls-Festung eingeweiht werden.

Die Bewegung für Selbstverwaltung.

Bern, 26. März. Nach einer Drahtmeldung des Petersburger Mitarbeiters von „Corriere della Sera" soll außer Finnland, auch Esthland Autonomie verlangen. Die Abgeordneten von Esthland seien bereits in Petersburg eingetroffen, um an der Ausarbeitung eines Entwurfes der Autonomie für ihr Gebiet mitzuwirken. Desgleichen habe die Bevölkerung des Kaukasus, vor allem die Georgier, die unter dem alten Regime am meisten unter Verfolgungen zu leiden hatten, eine Bewegung eingeleitet, um auf Grund des Nationalitätenprinzips Autonomie zu verlangen.

Die russischen Bahnen unter englischer Leitung.

Kopenhagen, 26. März. „Nationaltidende" meldet aus Bergen: Hier sind 20 englische höhere Eisenbahnbeamte auf der Reise nach Rußland eingetroffen, wo sie das Verkehrswesen ordnen sollen.

Drückeberger-Geschäfte der Moskauer Polizei.

Lyoner Blätter melden unterm 21. März, daß in Moskau zahlreiche Personen verhaftet werden, die auf der Schwarzen Liste der Geheimpolizei standen und sich durch Zahlung von 8- bis 10 000 Rubel vom Militärdienst freigemacht haben.

Unruhen in Wladiwostok.

Stockholm, 26. März. Aus Wladiwostok wird gemeldet: Auf den hier liegenden Kriegsschiffen kam es zu Unruhen.

Der Krieg auf den Meeren.

Seesperre und Versenkungen.

Kristiania, 26. März. Beim Untergang des Dampfers Pollux sind 3 Passagiere und 8 Mann von der Besatzung ums Leben gekommen. Der Dampfer Attika aus Farsund, von Barry nach Florida unterwegs, wurde von einem deutschen Unterseeboot versenkt. 10 Mann werden vermißt.

Kopenhagen, 25. März. Ein Rettungsboot mit der 12 Mann starken Besatzung des holländischen Fischdampfers Tres Fratres (297 Br.-Reg.-To.) aus Ymuiden ist heute vormittag am Hanstholmer Leuchtturm an der Westküste von Jütland gelandet; der Dampfer war am 28. März vormittags von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden.

Aus der Räumungszone der Westfront.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 25. März nachmittags: In der Nacht haben wir neue Fortschritte nördlich von Grand Séraucourt in der Richtung auf St. Quentin gemacht. Zwischen Somme und Oise war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Die gestern gemachten Gefangenen gehören sieben verschiedenen Regimentern an. Auf dem östlichen Ailette-Ufer, südlich von Chauny, sind wir merkbar vorgerückt und haben unsere Stellungen eingerichtet, ebenso in der Gegend nördlich von Soissons. Westlich von der Maas haben wir einen Handstreich gemacht und feindliche Grabenstücke östlich vom Gehölz von Malancourt weggenommen. Oestlich von der Maas ist ein Versuch der Deutschen gegen einen Graben in der Richtung Avremont mit Handgranaten abgeschlagen worden.

Vom 25. März abends: Von der Somme bis zur Aisne setzten unsere Truppen im Laufe des Tages ihre Angriffsbewegung fort. Der Kampf war infolge der energischen Verteidigung des Feindes erbittert, aber unsere Soldaten, entflammt durch den Anblick der von den Deutschen begangenen Verwüstungen, warfen den Gegner überall zurück, der zwischen Somme und Oise sehr schwere Verluste erlitt. Wir warfen den Feind über die wichtige Stellung Castres—Essigny-le-Grand—Höhe 121 zurück. Ein heftiger deutscher Gegenangriff aus der Front Essigny—Benay scheiterte in unserem Feuer. Südlich der Oise drangen unsere Truppen an mehreren Punkten in den unteren Wald von Couch ein und erreichten die Zugänge nach Folembray und Couch-le-Château. Deutsche im Anmarsch auf Folembray befindliche Truppen wurden unter das heftige Feuer unserer Batterien genommen und mit großen Verlusten zerstreut. Nördlich von Soissons vergrößerten wir unseren Gewinn und wiesen zwei Gegenangriffe gegen die Front Vregny—Margival ab. Beiderseitiger lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Craonne. An der Front von Verdun unterhielten unsere Batterien wirksames Feuer auf die deutschen Anlagen nördlich der Höhe 304 und nordwestlich von Bezonvaux.

Englischer Heeresbericht vom 25. März. Ein Handgranatenangriff westlich unserer Stellung in der Nachbarschaft von Beaumetz-les-Cambrai gestern nacht wurde abgeschlagen. Wir verbesserten unsere Stellung westlich von Croisilles und drangen gestern nacht in feindliche Gräben nordöstlich von Loos ein. Es wurden mehrere Gefangene und ein Maschinengewehr erbeutet. Der Feind drang in unsere Gräben westlich von Hulluch ein, wurde aber mit Verlusten wieder hinausgeworfen, wobei er einige Gefangene in unseren Händen ließ. Einige unserer Leute werden vermißt.

Kriegswirtschaftliches aus Frankreich.

Kartoffel-Höchstpreise. — Einfuhrverbote. — Geht der englische Markt verloren?

Wie „Depêche de Lyon" wissen will, hat der französische Minister für Verpflegung, Volette, für Kartoffeln folgende Höchstpreise festgesetzt: Für die Produzenten für gewöhnliche Sorten 15 Fr., für bessere Sorten 18 Fr. für den Doppelzentner; für den Kleinverkauf für gewöhnliche Sorten 20 bis 25 Cts. für das Kilo, für bessere Sorten 25 bis 30 Cts. für das Kilo. Die Höchstpreise sollen am 1. April in Kraft treten.

Ein Dekret vom 24. März verbietet die Einfuhr aller Auslandsware in Frankreich und Algier. Ausnahmen können vom Finanzministerium generell oder für bestimmte Kontingente, über die eine Spezialkommission zu entscheiden hat, bewilligt werden. Die Einfuhrgesuche unterstehen besonderen Gebühren nach einem noch aufzustellenden Tarif.

„Journal des Débats" äußert Besorgnisse über die englische Wirtschaftspolitik und erklärt, die schutzzöllnerischen Bestrebungen seien durch die engere Fühlungnahme Englands mit den Kolonien und Dominions wiedererwacht. Die englischen Tarifreformer unternähmen eine hartnäckige Arbeit, um den alten Kolonialpakt und den Schutzzoll wieder einzuführen. Gelänge dies, so würde es für den französischen Handel einen schweren Schlag bedeuten. England wäre damit als Absatzgebiet für den französischen Markt verloren. Man schade heute schon Frankreich infolge der englischen Einfuhrbeschränkungen, was die Schließung des englischen Marktes für die französische Produktion bedeuten würde. Es handle sich für Frankreich darum, sich wirtschaftlich zu verteidigen.

Eine Erklärung Ribots.

Losungswort: Sieg!

T. U. **London**, 26. März. Ministerpräsident Ribot erklärte dem Vertreter der „Times" in Paris: Ohne das Losungswort „Sieg" würde keine Regierung in Frankreich bestehen können. Trotz des großen deutschen Rückzuges müssen wir uns stets vor Augen halten, daß der Feind noch nicht vernichtet, sondern sehr wohl imstande ist, ernstlichen Widerstand zu bieten, wenn wir auch an unseren eigenen Schwierigkeiten ermessen können, wie schwer die doppelte Last des militärischen und wirtschaftlichen Krieges auf unsere Feinde drückt. Mit besonderer Spannung verfolgt daher das Volk die Vorgänge an der Westfront und die vielversprechenden Ereignisse in Rußland. Unsere Pflicht als Staatslenker ist einfach. Auf dem Amboß des Krieges haben wir den General Nivelle und Sir Douglas Haig in der bewunderungswürdigen Armee, die sie unter ihrem Oberbefehl vereinigen, ein kräftiges Werkzeug zum Erzwingen des Friedens geschmiedet. Die veränderte Form des Krieges wird es vielleicht notwendig machen, ein einziges Werkzeug aus unseren Armeen zu schaffen oder in gewissem Sinne die heutige Art des Zusammenarbeitens zwischen General Nivelle und Sir Douglas Haig umzugestalten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Im Luftkampf gefallen. Vizefeldwebel Manschott, einer der erfolgreichsten deutschen Flieger, wurde bei Ausübung seiner Pflicht tödlich getroffen. Noch am Todestage, am 16. März, vernichtete er in schneidigem Angriff einen feindlichen Fesselballon. Er hat in drei Monaten elf Gegner besiegt, acht Flugzeuge und drei Fesselballons.

Fremdes Wasserflugzeug über holländischem Gebiet. Aus Ymuiden wird gemeldet, daß ein Wasserflugzeug unbekannter Nationalität den Waterweg auf ungefähr 3 Meilen mit nördlichem Kurs überflog. Das Flugzeug kehrte später in westlicher Richtung wieder zurück.

Eine Kriegs-Weltkarte, die soeben unter dem Titel Flemmings Kriegskarte Nr. 87 erschienen ist, gibt ein übersichtliches Bild der heutigen politischen Machtegruppierung des Erdballs. In drei verschiedenen Farben hebt sie die jetzigen drei großen Machtegruppen hervor: die Mittelmächte, die Welt der Feinde Deutschlands und die neutralen Staaten. Zu den letzteren zählt die Karte einstweilen auch noch China, dessen Stellungnahme beim Erscheinen dieser Karte amtlich noch nicht feststand. Auch dieser Karte sind in einer statistischen Tabelle erläuternde Ergänzungen beigegeben, die über Bevölkerungsfragen unterrichten.

Die neuen Maßnahmen des Kriegsernährungsamts im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für Ernährungsfragen hielt am Montagabend um 8 Uhr eine Sitzung ab. Ministerialdirektor **Braun** gab in Ergänzung der Darlegungen des Herrn von Batocki zunächst eine Schilderung der Maßnahmen, wie sie in der Bundesratsverordnung vorgesehen sind. Es soll für die Selbstversorger (Landwirte) der Anspruch auf Brotgetreide für seinen Haushalt, der bisher 9 Kilogramm pro Monat betrug, um 25 Proz. gekürzt werden. Die Gerste wird vollkommen beschlagnahmt, bis auf einen Betrag, der für den Haushalt der Besitzer freigegeben wird. An Hülsenfrüchten sollen den Selbstversorgern 5 Pfund belassen werden. Unter Hinzuziehung des Gemeindevorstehers werden durch einen Ausschuß die Angaben über die vorhandenen Bestände nachgeprüft und kleinere Mengen sofort abgenommen.

Abg. **Ebert** (Soz.): Das Unglück unserer Volksernährung ist, daß wir von einer Berechnung in die andere kommen. Man beachte viel zu wenig die bisherigen Erfahrungen. Die Erregung über das ungünstige Ergebnis der Bestandsaufnahme ist in der Bevölkerung allgemein. Unsere Ernte für Brotgetreide ist seinerzeit als gut bezeichnet, anfänglich hat man nach dem Verteilungsplan sogar mit einem Ueberschuß von einer Million Tonnen gerechnet; jetzt ergibt die Nachprüfung, daß wir nur mit 500 000 Tonnen über die Erträgnisse des Vorjahres hinauskommen. Das Ergebnis ist unverständlich, denn im Vorjahre hatten wir doch eine außergewöhnlich ungünstige Ernte. Die Hinterziehung durch Brotkarten, die unter anderem als Grund dafür geltend gemacht wird, daß weit über das zulässige Maß Brotrationen beansprucht seien, geben keine genügende Erklärung. Das Minus besteht nicht nur bei dem Brotgetreide, sondern allem Anschein nach auch bei anderen Nährmitteln. Wir haben seinerzeit die Zusage erhalten, daß die Bevölkerung ¾ Pfund Nährmittel aus Hafer und Gerste pro Woche erhalten soll. Weshalb wird dieser Verpflegungsplan nicht innegehalten? Sicher ist ein großer Teil des Brotgetreides verfüttert, wir haben schon im vorigen Jahre fortgesetzt darauf hingewiesen, daß diese Gefahr besteht. Das Kriegsernährungsamt hat diese Warnung leider nicht genügend beachtet. Wir müssen es deshalb mit allem Nachdruck aussprechen, daß die volle Verantwortung für diese Nachlässigkeit der Reichsregierung und dem Kriegsernährungsamt zufällt. Auch die Vertreter der Landwirtschaft haben es bei der Beratung an der nötigen Unterstützung fehlen lassen. Bedauerlich sei, daß den Jugendlichen die Zulage entzogen wird, das ist eine schlimme Gefährdung unseres Volkes. Auf das entschiedenste muß verlangt werden, daß die versprochenen fünf Pfund Kartoffeln geliefert werden. Die Maßnahmen, um die vorhandenen Kartoffeln für die Ernährung zu erfassen, sind ungenügend, es muß sofort zugegriffen werden, um die Bestände zu sichern. Ferner wird nötig sein, zu prüfen, wie weit die getrockneten Kartoffeln für die menschliche Ernährung noch brauchbar sind. Die doppelte Fleischration wird uns keinen vollen Ersatz bieten und dabei ist es fraglich, ob wir

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Mittwoch, den 28. März 1917, abends 8 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15, Saal 1:

Allgemeine Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer.

Tagesordnung:

1. **Vortrag.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. März 1917, abends 8½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung:

1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 29. März 1917, abends 8 Uhr,
in **Heinrichs Festsälen**, Gr. Frankfurter Str. 30:

Branchen-Versammlung aller in den Klempnereien beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tagesordnung:

1. **Die Verstadtlichung der Arbeitsnachweise.** Referent: Stadtverordneter **Adolf Ritter.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Ablauf des Bauklempnertarifs. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Kolleginnen und Kollegen werden **dringend** ersucht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Donnerstag, den 29. März 1917, abends 8 Uhr,
im Lokal von **Klement**, Sophienstr. 6:

Branchen-Versammlung der Elektromonteure u. Helfer Groß-Berlins.

Tagesordnung:

1. **Vortrag.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich.

Kollegen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung.

152/11 **Die Ortsverwaltung.**

Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater.
7 Uhr: **Faust I.**
Mittwoch: **Tobias Buntschuh**

Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**
Mittwoch: **Das Konzert.**

Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
Untergrundbahn Schönhauser Tor.
7½ Uhr: **Der Gewissenswurm.**
Mittwoch: **Weh dem, der lügt!**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. O. Meinhard — R. Bernauer.
7½ Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7½: **Die verlorene Tochter.**

Berliner Theater
7½ Uhr: **Die tolle Komtess.**

Lessing-Theater.
7½ Uhr: **Die Sorina.**
Mittwoch: **Liebe.**

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ U.:
Der Kammersänger.
Komtesse Mizzi. Erster Klasse.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Der Balkanzug und die befreite Donau.
8 Uhr:
Direktor Franz Goerke:
Heimatland und Heimatliebe.

Rose-Theater.
7½ U.: **Der fidele Bauer.**

Theater für Dienstag, den 27. März.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Martha.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater.
7½ Uhr: **Der Stolz der Familie.**

Kleines Theater
7½ U.: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**

Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min. **Die Csardasfürstin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7¼ U.: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ Uhr: **Der Herr Senator.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ Uhr: **Johannes.**

Thalia-Theater.
7 Uhr 25 M.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
8½ Uhr: **Großstadtluft.**

7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**

Trianon-Theater
8 Uhr: **Ein glückl. Familienvater**

National-Theater, Köp. Str. 68
83, 87, 88, 19, I, II, 49, 45, IV, VI, 28, 36, 37, V, 22, 6, Untergrundb. Parkbrücke, Stadtb. Jannowitzbrücke. Tägl. gültig bis einschl. 2. April 1917.
Täglich ½8 Uhr:
Studentenliebchen.
Oberette i. 3 Akt. Mus. v. W. Bromme.
Konzert. 10½—2 und abends 6 Uhr.

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Citrons geben sich die Ehre.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Großes Konzert**
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Frz. v. Blon. Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Circus Busch
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½ Uhr.
Verwegene Matrosen-Spiele
„Ein Moment auf Tod und Leben".
Mexikanische Lynch-Justiz.
Eisk. Tom Jack i. d. Todesfessel.
Zum Schluß d. Abendvorstellung:
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.
Sonnabend 31. 3., nachm. 3½ U., auf vielseitigen Wunsch:
Gr. Ferien-Sonder-Vorstellung.
1 Kind frei!
mit vollständ. Abendprogr. u. z. Schluß die bei der Jugend noch immer so sehr beliebte
Märchen-Prunk-Pantomime
Die Geierprinzessin.

Apollo
FRIEDRICHSTR.-AN-DER-KOCHSTR.
Täglich ½8 Uhr:
Die letzten Tage des Märzprogramms
mit
Wanda Traumann
Viggo Larsen
in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsehe"
von William Kahn.
Vorher: das gr. Varieté-Progr.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Das Glücksmädel.**

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ U.
Heute und täglich:
Das anerk. glänz. equestr. Prog. die neuen März-Attraktionen
das orientalis. Wunder **Kismet!**
Muß jeder gesehen haben, um es zu begreifen.
„Kismet" die verblüffendste Illusion, welche je vorgeführt wurde. „Kismet" setzt die Besucher in Bewunderung und Erstaunen.
Um 8,30 die große Prunk-Pantom.
Die Seeräuber in 4 Akten.

WINTER GARTEN
Nur noch 5 Tage des **Reinhardt-Gastspiels**
mit
„Lillebil's Hochzeitsreise"
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Musik von Bizet.
Hauptrollen: Hans Wassmann, Lillebil Christensen, Ernst Matray, Katta Sterna
außerdem
Das große März-Progr.
Oscar Sabo, Ilsa Bois usw.

Voigt-Theater.
Badstr 58. Badstr. 58.
Täglich 7½ Uhr:
Jägerliebchen.
(Gr. Ballettein lage.)
Kassenöffnung 6½ U., Anfang 7½ U.
Montag, den 4. April:
Benefiz für Lina Moeller
Mutter und Sohn.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
„Cabarett Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntagnachmitt. 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm
Für Militärpers. an d. Wochentg. freier Zutritt zu d. Stett. Sängern.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Heute zum letzten Male:
Zwei helle Berliner
Mittwoch, den 28. März, z. 1. Male:
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr:
Die Sache klappt.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Else.
7½ Uhr. Vorzügl. Küche.

Palast Theater Am Zoo
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Die **neue** Revue in 6 Bildern:
Berlin im Krieg

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis der gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke **„Systemharnack-Hachfeld"**, 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam.
Postfach 167

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Direksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie **Bruchbandagen** aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Skunkstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! neue Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstr. 7.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbiebterbafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleiern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6 Riesenauswahl verschiedener Pelzsachen, neue Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen. Spottbilliger Bettenverkauf. Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf.

Leihhaus Rosentaler Tor. Ansenstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft Anzüge, Paletots, Ulster, neue Maßgarderobe, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Musikkoffer, Goldene, silberne Herrenuhren, Damenuhren, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. 1288*

Teppiche, Portieren, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Daunendecken billigst. Vorwärtsleser Extrarabatt. Potsdamerstraße 109, Fischer.

Pelzgarnituren! Skunkstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! neue Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstr. 7.

Kaninchen, große Auswahl, zu Schlachtzwecken, 4 bis 20 M., verkäuflich Fruchtstraße 31, Friseurladen. 22/7*

Fontane, Theodor, Havelland, die Landschaft um Spandau, Potsdam und Brandenburg. Illustriert. Gebunden. Statt 10 Mark für 4,25 Mark. Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstraße 3.

Möbel

Möbelangebot. Am Anhalter Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen mehrere moderne Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchenmöbel, Büfetts, Bücherschränke, Schreibtische, Ruhebetten mit Decken, Säulentrumeaus mit Facettenglas, Ausziehtische, Klubgarnituren, Uhren, Teppiche, Standuhren jeder Preislage und sonstige auch gebrauchte Einzelmöbel zum billigen Verkauf. Otto Lüdeke Möbelspeicher, Möckernstraße 25.

Plüschsofas, 125,00, Chaiselongues 50,00, moderne Bettstellen 75,00, Lagerplatzer Walter, Stargarderstraße 18. 4051*

Gelegenheitskauf: Schwereichen modernes Speisezimmer, Büfett 1,90 breit, mit reicher Schnitzerei und Kristallverglasung, reizende Kredenz mit ovalem Kristallspiegel, großer Ausziehtisch, 6 Lederstühle, komplett 885,—, regulär bedeutend teurer. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 1642

Fabrikate Angebote gediegener Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, echt Eiche, flammige Birke, mahagoni und nußbaum, Herren- und Speisezimmer in wundervoller Ausführung, auch Küchen aller Art, noch zu erstaunlich billigen Preisen. Berliner Möbelhaus, Stalitzerstr. 28, am Kottbuserton. 1548

Musikinstrumente

Musikinstrumente, zirka 5000 Mandolinen, Zithern, Lauten, Gitarren, Akkordeon, Schüler- und Orchestergeigen kommen zu nie wiederkehrenden billigen Preisen zum Verkauf. Musikhaus Münzstraße 18, dicht am Alexanderplatz. 17822*

10 000 Sprechmaschinen, zum Teil weit unter Fabrikationspreis, trichterlos und mit Trichter, von 9 Mark an, bis zur elegantesten Ausführung, werden zu nie wiederkehrenden Preisen angeboten. Musikhaus Münzstraße 18, dicht am Alexanderplatz. 17812*

Kaufgesuche

Film-, Zelluloid-Abfälle kauft Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. 17/6*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Seydelstraße 21. Telephon Alexander 6145 98*

Leinölfirnis, Emaillelack, sämtliche Oellacke, Borax, Bienenwachs, Kopal, Kolophonium, Leim, Zeresin, Paraffin, Terpentinersatz kauft, höchste Preise zahlend, Welter, Thaerstraße 6. 17292*

Feilen, gebrauchte und neue Werkzeuge, Treibriemen, Spiralbohrer, Fräser, Magnete kauft jeden Posten Metallenkauf, Beusselstraße 5*.

Staunende Preise für Möbelstücke, ganze Einrichtungen, Warenläger, Pelzsachen, Federbetten, Teppiche und Nachlässe zahlt Goldmann, Danzigerstraße 49, Königstadt 7631.

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetallgesellschaft; außerdem laufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.).

Kaufe alles, Filmabfälle, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Noack, Große Frankfurterstraße 25. 22/8*

Unterricht

Dr. Wiese's Handelsschule, Reichenbergerstr. 131 (Nottbuserton), beginnt das Sommersemester Anfang April. Anerkannt vorzügliche Ausbildung in Jahreskursen, Halbjahreskursen, Dreimonatskursen, Einzelkursen. Kostenlose Lehrpläne. Persönliche Auskunft. 872*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Kunsthopferei Große Frankfurterstraße 67 688*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tischlerlehrling sucht sofort bei freier Kost nach außerhalb. Erich Boche, Baruth (Mark), Tischlerei mit Kraftbetrieb. 1774*

Korbmacher, 20, auf 98er bei genügendem guten Material verlangt Schulz, Michaelkirchstraße 15. 2081*

Karton-Zuschneider, geübten, sucht Hugo Wessernegel, Ritterstraße 90. 22/5

Korbmacherinnen. 20, auf Untergestelle (Drilling) sucht Schulz, Michaelkirchstraße 15. 2082*

Kriegsarbeit. Jüngere Arbeiterinnen verlangt sofort für dauernde Beschäftigung Michaelis, Korkfabrik, Hoffmannstraße 32. 2083*

Lehrmädchen aus achtbaren Familien, im Alter von 14—16 Jahren, bei monatlicher Vergütigung sofort gesucht. Meldungen mit Schulabgangszeugnis und in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in unserer Personalverwaltung, 3. Etage. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1588*

Junge Mädchen für leichte dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zigarettenfabrik Garbaty, Pankow, Hadichstraße.

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—7 Uhr abends in der Personal-Verwaltung IV Stock A. Jandorf u. Co., Belleallancestraße 1/3. 15 S*

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36.

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30.

Zeitungsträgerinnen verlangt „Vorwärts"-Ausgabestelle Prinzenstraße 31.

Schlosser

für Teilbau in Akkord sofort gesucht.
Sablatnig Flugzeugbau, Schlesischestr. 26.

Hilfsdienstpflicht.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter

in größerer Zahl. Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitssuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an
Arbeiterannahmestelle der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22.
22/4*

Einrichter oder **Einrichterinnen**
für kleine Revolverbänke stellen ein 17732*
Spezialkonstruktionen
Berlin-Steglitz, Birkbuschstraße 37—39.

---

50 Schlosser und Schmiede

sowie **1 Brenner** auf Kriegsarbeit
sofort gesucht von 17698*
Braß & Hertslet, Berlin-Marienfelde.

Arbeiterinnen

und

Zigarettenpackerinnen

verlangt 267/5*
Manoli-Zigarettenfabrik.
Berlin SO, Rungestr. 22—24. Manolihaus.

Tüchtige Maurer
für Lichtenberg und Gartenfeld bei Spandau für dauernde Arbeit gesucht.
Hugo A. Singer, Putzwände.
Schöneberg, Genckstraße 4.
1753* Telephon: Lützow 1656.

Arbeiterinnen
bei dauernder Beschäftigung stellt ein
Ballonhüllen-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung. 22/8
Tempelhof, Friedr.-Wilhelm-Str. 52/54.

Lehrfräulein
aus achtbarer Familie mit guter Schulbildung gesucht. 1777*
Kaufhaus Gebr. Preuß,
Beusselstr., Ecke Huttenstraße.

Weiblichen Hausdiener,
und Packer aus der Konfektionsbranche verlangen 22/9
Alex. Rath & Goldschmidt,
Spittelmarkt 4—7.

Walt Whitman.

Vor 25 Jahren, am 27. März 1892, hat einer der edelsten Geister Amerikas die Augen geschlossen, einer, der, das dürfen wir mit Sicherheit annehmen, die heutigen Vorgänge in den Vereinigten Staaten auf das stärkste gemißbilligt hätte. Denn Walt Whitman, der die Versöhnung als das „Wort aller Worte, schön wie der Himmel" pries, Walt Whitman, dessen reine Seele von unerschütterlicher Rechtschaffenheit erfüllt, und dem alles, was nach Advokatenkünsten schmeckte, verhaßt war, Walt Whitman, dessen Liebe die ganze Menschheit umfaßte: ihm wäre die Hinterhältigkeit, Zweideutigkeit und Unaufrichtigkeit der jüngsten amerikanischen Politik tief zuwider gewesen.

Unter allen amerikanischen Dichtern ist er der amerikanischste, ja vielleicht ist er überhaupt der einzige ganz und gar amerikanische unter ihnen zu nennen. „Americano" nennt er sich selbst mit Stolz, für die Amerikaner singt er, und man kann sagen, es ist Amerika selbst, das er singt. Seine Lieder sind erfüllt vom herben Hauch seiner Prärien, vom Rauschen seiner großen Ströme, vom Brausen seiner Wälder, vom friedlichen Zauber seiner Buchten und vom wilden Leben seiner Großstädte. Durchaus originell ist auch seine dichterische Form: diese völlig freien, uferlosen Streckverse, die sich bald zu unwiderstehlich packendem Rhythmus verdichten, bald zu nüchterner Reporterprosa herabsinken oder sich gar in endlosen Aufzählungen verlieren. So ist denn Whitman überhaupt voll von Gegensätzen. Ein Individualist schärfster Prägung, bekennt er sich doch zur Demokratie: „Ein Selbst sinne ich, eine einfache, abgesonderte Person, doch spreche ich zugleich das demokratische Wort aus, das Wort en masse". Echt christlich gesinnt, sieht er doch wieder pantheistischen Anschauungen nahe, und zuweilen finden sich in seinem Gesamtgefühle für alles, das ist und lebt, Züge und Töne, die an Franz von Assisi anklingen. Mit innigster Liebe versenkt er sich in die Einsamkeit der Natur, belauscht ihre zartesten Wunder, ihr leisestes Leben; und dann wieder berauscht er sich, hoch auf dem Verdeck eines Omnibusses sitzend und dichtend, an der Arbeit und dem Rhythmus der Riesenmaschine „Weltstadt". Alle Gegensätze aber werden gebunden und verschmolzen durch Whitmans mächtige Persönlichkeit. Nach seinem Aeußeren wie seinem Geiste gehört er zur Klasse der Propheten, er war ein Verkünder, ein Weissager, ein Prediger. Eine ungeheure, unwiderstehliche Idealität, ein strahlender Glaube an die Zukunft der Menschheit, eine unergründliche, aber allem Schwächlichen fremde Menschenliebe beseelen seine Gedichte. Sie sind von Literaten-Literatur weltenweit entfernt; es sind Ausbrüche einer gärenden, überströmenden Seele, die nach Stimme und Ausdruck verlangt. Es ist bezeichnend, welche Werke der Weltliteratur ihm am nächsten standen, ihn am meisten beeinflußten; vor allem die Bibel, dann Shakespeare, Ossian, Homer, Aeschylos, Sophokles, die Nibelungen und Dante — alles Schöpfungen von Riesenwuchs und ungebrochener Ursprünglichkeit.

Sein Leben ist, von allem Anekdotischem entkleidet, in seinem geistigen Gehalte ganz in seine Dichtung eingegangen. Am 31. Mai 1819 im Dorfe West-Hills auf Long-Island von englisch-holländischen Eltern geboren, hatte Whitman sich schon im Alter von 13 Jahren auf eigene Füße zu stellen. Da ward er Drucker, Lehrer, Schriftsteller, Redakteur, dann wieder, wie sein Vater, Zimmermann und Baumeister, bis der Bürgerkrieg ausbrach und Whitman, der ein begeisterter Anhänger des Nordens und Feind der Sklaverei war, sich der Pflege der Verwundeten im Felde widmete. Nur eine Stimme herrscht über die aufopfernde Hingebung und Selbstlosigkeit, die er hierbei entwickelte und die ihm selbst Monate schweren Siechtums eintrug. Dann erhielt er eine kleine Stelle im Ministerium des Innern zu Washington, verlor sie aber infolge des Erscheinens seiner „Grashalme", die sein Staatssekretär für unmoralisch hielt. Whitman fand einen anderen kleinen Amtsposten, aber die „Grashalme" waren und blieben ein Skandal, und nur ganz langsam wuchs das Verständnis für diesen originellen Dichter, der noch heute nicht zu den „Lieblingen" des amerikanischen Publikums zählt, und wohl auch nie zählen wird. Sein Lebenswerk füllt im ganzen einen mäßigen Band von reichlich vierhundert Seiten; in ihm findet man neben den Werken Emersons wohl das Originellste, Edelste und Mächtigste, was der amerikanische Geist bisher geschaffen hat. Bei uns in Deutschland ist das Interesse für den amerikanischen Barden in neuerer Zeit beträchtlich gewachsen; der Uebersetzung seiner Gedichte haben sich nach Adolf Strodtmann besonders Knorr und Johannes Schlaf angenommen. Im Inselverlag ist eine billige Auswahl erschienen.

Petersburger Revolutionsbilder.

Dr. Thorwald Madsen, Leiter des Seruminstitutes zu Kopenhagen, der in Angelegenheit der Kriegsgefangenenlager nach Rußland gereist war, kam nach Petersburg mitten in die Revolution hinein und hat jetzt nach seiner Rückkehr einem Mitarbeiter von „Politiken" seine Erlebnisse geschildert. Mit eigenen Augen hat er gesehen, wie die Funken anscheinend geringer Straßenunordnungen sich mit rasender Schnelligkeit zu dem Riesenbrande auswuchsen, in dessen Glut das alte Rußland zusammenstürzte. Mitten unter diesen Ereignissen erhielt Dr. Madsen durch den Zermonienmeister der Kaiserin Alexandra die überraschende Mitteilung, daß sie ihn in Zarskoje Selo zur Audienz erwarte, da sie Näheres über die Pläne bezüglich der Kriegsgefangenenlager zu hören wünsche. Trotz mancherlei Schwierigkeiten gelang es Dr. Madsen schließlich, einen Zug zu bekommen, der ihn richtig nach dem Zarenschloß führte. Dort wurde er von zwei alten Hofdienern in Empfang genommen. Das Schloß war so wunderlich ausgestorben, nirgends war ein Soldat zu sehen, keine Legitimation wurde dem fremden Besucher abgefordert. Dann trat ihm die Kaiserin entgegen, in Schwesterntracht, die sie seit Kriegsausbruch gewohnt ist. Sie hatte Krankheit im Hause; der Thronfolger sowohl wie die Großfürstinnen lagen an heftigen Masern darnieder und die Kaiserin pflegte sie selbst. Unmittelbar vor der Audienz hatte sie ihr Haar gewaschen, um die Ansteckung nicht weiter zu verbreiten. Sie war sehr bleich, aber würdevoll, im Anfange etwas streng, taute dann aber mehr und mehr auf, da die Sorge für die Kriegsgefangenen ihr sehr am Herzen lag und sie in diesen Fragen offenbar vorzüglich Bescheid wußte. Sie betrug sich überaus natürlich; als Dr. Madsen einige Zeichnungen und Papiere herunterfielen, beugte sie sich nieder und rollte sie zusammen. Ueberhaupt war der dänische Besucher voll Erstaunen über ihre überlegene Ruhe, und der herzliche und vornehme Dank, den sie zum Schluß Dänemark für alles, was es für die kranken Russen tun wolle, aussprach, hat einen tiefen Eindruck in Dr. Madsens Erinnerung hinterlassen.

Er erzählt auch von der Oeffnung des Peter-Paul-Gefängnisses. Das war ein unglückliches Ereignis. Ueber dieser Bastille des Zartums wurde die rote Flagge gehißt und die Türen zu den Gefängniszellen wurden geöffnet. Da strömten die politischen Gefangenen heraus, aber zugleich benutzte eine Menge gemeiner Sträflinge die günstige Gelegenheit, und bald verbreiteten sie sich in der Stadt und begannen zu plündern, z. B. besonders in den Läden der Hoflieferanten auf dem Newsky. Dort sah Dr. Madsen, wie die Menge die Adler in den Hoflieferantenwappen entfernte und sie in mächtigen Stößen verbrannte. Auch vom Winterpalaste, über dem die rote Fahne wehte, wurden die kaiserlichen Adler entfernt oder sie wurden verhüllt.

Hotel Astoria war ein Offiziershotel. Dort befand sich ein großer Weinkeller mit vortrefflichem Wein, der gewissermaßen einen Stein des Anstoßes bildete, weil man sich natürlich darüber verdroß, daß die Offiziere trotz der allgemeinen Alkoholsperre tranken. Die Menge drang in den Gasthof ein und zwang die Offiziere, sich zu ergeben, das taten sie auch alle, bis auf wenige Ausnahmen; die, die sich zur Wehr setzten, wurden augenblicklich niedergeschossen. Nun wurde der Wein auf die Straße hinausgeholt und in den Rinnstein gegossen. Die Soldaten gaben selbst hierzu Befehl. „Keine Trunkenheit", sagten sie, „davon wollen wir jetzt nichts haben." Ein paar Schlingel machten sich doch mit etwelchen Flaschen unter dem Arme aus dem Staube, aber das meiste wurde vernichtet. Auch hier wieder stand die Sache so: kein Pöbel, sondern eine Bevölkerung, die wußte, was sie wollte.

Während der kritischen Tage konnte Dr. Madsen auch das Leben und Treiben in der Duma beobachten. Im Dumagebäude waren nicht weniger als 2000 gefangene Offiziere und Massen anderer Personen untergebracht. In der Vorhalle lagen neben einer Menge von Waffen und Munition, die unter junge Studenten ausgestellt wurde, große Mengen Schlachtvieh von allerlei Art, Kühe, Kälber, Schweine, deren Fleisch vermutlich für die vielen eingesperrten und zur Verpflegung der Abgeordneten bestimmt war. Die Mitglieder der Duma verließen das Gebäude nicht, sie arbeiteten alle unter Hochdruck. Es herrschte eine fürchterliche Verwirrung.

L. von Rozycki in der Volksbühne.

Das letzte Sonntagskonzert der Volksbühne war dem jungen Polen Ludomir von Rozycki gewidmet. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat Rozycki in Berlin bei Humperdinck seine Kompositionsstudien beendet. Schon im vorigen Winter nahmen wir von ihm aus der Vorführung von Vokal- und Instrumentalwerken im Kammerstil einen überaus günstigen Eindruck mit. Zwei Opern von ihm waren kurz vor Kriegsbeginn in Warschau und Lemberg mit Erfolg aufgeführt. Ein drittes Werk („Eros und Psyche") ist erst anfangs März am Breslauer Stadttheater gegeben worden. Bis wir aber Gelegenheit haben werden, „Eros und Psyche" in Berlin zu hören, wird wohl noch einige Zeit verstreichen. Um so verdienstlicher hat sich die Volksbühne gemacht, indem sie, so darf man hoffen, Rozycki für die Zukunft freie Bahn gebrochen hat.

Zur Uraufführung durch das verstärkte Blüthner-Orchester unter des Komponisten persönlicher Leitung kamen drei größere Instrumentalwerke sinfonischer Gattung. Zwischen ihnen, gleichfalls zum ersten Male Goethes schauerig-seltsame Ballade „Die Braut von Korinth", melodramatisch für Orchesterbegleitung behandelt. Tilla Durieux bewährte sich wieder als sprach- und eindrucksgewaltige Deklamatorin. Die Musik erschöpft den Stimmungsgehalt der Dichtung in allen Phasen und Höhepunkten.

Aus „Eros und Psyche" hörten wir — es scheint so recht eine Oper der Sehnsucht nach Schönheit, Freiheit und Liebe zu sein — je ein Solo für Tenor (Rudolf Laubenthal) und Sopran (Frau von Rozycka). Das eigenartig begleitete „Lied des Sonnenritters" mußte wiederholt werden.

„Mona Lisa Giocanda", „König Kophetu" und „Aubelli" hießen die drei Orchesterwerke: jedes ursprünglich und von reizvoller, ja zum Teil seltenster Schönheit, das letztgenannte von aktuellster Stofflichkeit. Sibirien als großer Friedhof unzähliger Verbannter, die der Wanderer klagen, stöhnen und sprechen hört im Traume, bis sie einst erwachen, wird da herzergreifend geschildert. Man darf diese sinfonische Dichtung ein soziales Drama in Tönen nennen.

Als Ergebnis aus allem stellen wir fest: In Rozicki offenbart sich eine musikschöpferische Persönlichkeit von reichquellender Phantasie und leidenschaftlichem Empfinden. Ueber die Neuromantiker hinweg, die jetzt hier und da orchestral an manches erinnert, weist die Bahn dieses Gestalters in die Zukunft. Wer so sagenhafte Hellenenzeit wie unsere sozialischmerzvolle Gegenwart seelisch zu durchglühen, so einprägsame Melodien und Leitmotive, so wundersamen Klangzauber zu geben vermag, der ist ein wirklicher Dichter im Wagnerischen Sinne und erzwingt sich allgemeines Interesse.

ek.

Russische Gefangenschaft vor 100 Jahren.

Ueber die Leiden der nach Beendigung der Befreiungskriege aus russischer Gefangenschaft nach Deutschland und Frankreich zurückkehrenden Gefangenen gibt ein Zeitungsbericht vom 26. März 1817 ein kurz umrissenes, aber nur allzu deutlich sprechendes Bild. Aus Elberfeld kam an jenem Tage folgende Nachricht: „Es sind hier kürzlich zwei Kriegsgefangene aus Rußland angekommen, deren Aussagen darin übereinstimmen, daß noch viele solcher Gefangenen an verschiedenen sehr entlegenen Punkten in Rußland sich befinden, die des Augenblicks harren, um in ihre Heimat zurückzukehren, der eine, ein Elberfelder, befand sich zuletzt in einer Stadt, die ziemlich südwärts von Moskau zu liegen scheint, wo ihrer im März 1816 (!), als er sich von den übrigen trennte, noch über 300 beisammen waren, sämtlich Deutsche. Der andere, ein Franzose, befand sich mit vielen gefangenen Landsleuten bis zum Juli 1816 in einem Orte namens Malula. Er trat am 18. Juli 1816 mit 700 Kriegsgefangenen, worunter sich 23 Offiziere und neun Aerzte befanden, unter der Leitung eines Kapitäns, der dazu mit einer Marschroute versehen war, die Rückreise an; aber nur ungefähr 300 (!) erreichten die preußische Grenze; die übrigen starben, da sie im Kriege sehr gelitten hatten, auf dem Transporte. Das so zusammengeschmolzene Häuflein langte Ende Januar zu Berlin an. Der Gefangene erzählte weiter, daß, als er mit seinem Transport durch Kaluga kam, sich ungefähr 720 andere Kriegsgefangene dort noch befanden, die er, nach ihrer Sprache, für Deutsche, Holländer und Belgier hielt. Sie arbeiteten daselbst unter vorteilhaften Bedingungen an einem Kanale, der nach dem Schwarzen Meere führen soll. In Moskau trafen sie ebenfalls noch gegen 1000 Kriegsgefangene, Deutsche, Franzosen und Neapolitaner. Es sollen im ganzen noch etwa 4000 Kriegsgefangene auf dem Marsche nach Deutschland sein. Gegenwärtiger Bericht ist aus einem Protokoll gezogen, das amtlich aufgenommen wurde. . . Die enorme, beinahe 1½—2 Jahre umfassende Verzögerung der Gefangenenrückkehr ist, im Lichte damaliger Verkehrsverhältnisse betrachtet, allerdings durchaus erklärlich. Im heutigen Zeitalter des Verkehrs ist sie natürlich — selbst für russische Verhältnisse — undenkbar.

Notizen.

— Im Deutschen Künstlertheater wird jetzt die Kurzweil eines sehr lebendigen Einakterabends gepflegt. Zu Wedekinds grotesken „Kammersänger" gesellt sich Schnitzlers anmutig ironisierendes Gesellschaftsstück „Komtesse Mizzi", und den kecken Beschluß macht Thoma's ausgelassenes bajuwarisches Momentbild „I. Klasse". In allen dreien betätigt das neue Mitglied der Barnowsky-Theater, Ferdinand Bonn, seine Routine; am wenigsten liegt ihm der Kammersänger, prächtig ist sein Graf, eine wirksame Karikatur (d. h. eine lustige Uebertreibung mit angeklebten Wackelohren und einer unglaublich komischen Physiognomie) sein Abgeordneter Filser. Vielseitig bewähren sich auch Julie Gerda, Max Landa und Max Adalbert, vorzüglich als waschechter Berliner in Thoma's Ulk. —r.

— Kein „Kean" topp im Deutschen Theater. Das Deutsche Theater wird am Nationaltag der deutschen Bühnen nun doch nicht den Kean spektakeln lassen.

— Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule veröffentlicht soeben ihr Vorlesungsverzeichnis für das 2. Lehrvierteljahr April—Juni 1917. Gleichzeitig werden besondere Vorlesungen und Führungen für die Arbeiter von Groß-Berlin angezeigt. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten in Geschäftsstellen vieler Vereine, in Buchhandlungen und Kaufhäusern.

32]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

Das alles traf Klitzki ganz unerwartet. Er fühlte sich im Banne der Tagejewschen Herrschaft; der Kleinstadtterrorismus war im Grunde mächtiger und gefährlicher, als es schien. Die Hydra packte ihn, kaum daß er die Schwelle des Landes betreten hatte. Gleichzeitig überlegte er, ob Tagejew tatsächlich von der Propaganda wußte oder ob er ihm nur eine Falle stellen wollte.

„Was wollen Sie von mir? Ich begreife Sie nicht," sagte er trotzig, „ich habe nichts bei mir, mein Paß ist in bester Ordnung. Bitte, lassen Sie mich frei!"

Aber Tagejew faßte ihn bei der Hand.

„Sie werden mich nicht täuschen!" sagte er hastig, „ich weiß . . . Ich habe es von den jungen Horskis erfahren . . . von Kazjo und . . . Janka."

„Von ihnen?"

„Ja! Sie bringen ihnen eine Propaganda, von denen dort aus Krakau. Sie haben Londoner, Züricher Ausgaben und Proklamationen . . . Nun stimmt's! Sie schweigen!"

Klitzki suchte sich zu fassen und seine Geistesgegenwart wieder zu gewinnen.

„Das ist alles nicht wahr!"

Aber seine Stimme klang gebrochen. Es war ihm, als schlüge ihm jemand mit der Faust vor die Brust. Janka . . . Kazjo! . . . Diese beiden Namen weckten eine furchtbare Unruhe in Klitzkis Herz. Wenn Tagejew so sprach, so bedeutete es, daß er Kazjo und Janka verhört hatte . . . Wo? . . . Waren sie etwa verhaftet?

Klitzki fühlte, daß seine Füße zitterten. Tagejew bemerkte den Eindruck seiner Worte und drängte ihn.

„Nun also?"

Jetzt wandte Klitzki sich an ihn:

„Was ist mit ihnen? Um Gotteswillen, ich ahne ein Unglück!"

„Es wird ihnen nichts geschehen, wenn Sie mir gehorchen, mir die Propaganda ausliefern und nach Krakau zurückreisen . . . Sonst . . ."

Unwillkürlich nahm auch Klitzki eine drohende Haltung an.

„Was sonst?"

„Gebe ich Sie nicht frei!" zischte Tagejew.

Einen Augenblick herrschte Schweigen.

Klitzki erwog die Situation.

Er befand sich tatsächlich in Tagejews Gewalt.

Selbst, wenn er ihm eine Kugel in den Kopf jagte, würde er sich nicht retten, denn auf den Schuß würden Leute herbeieilen. Vor Tagejew fliehen, hieß, in die Hände der Gendarmen geraten. Wenn Tagejew von den Schriften wußte, so mußte auch die Gendarmerie unterrichtet sein. Jene Broschüren mußten also auf irgend eine Weise vernichtet werden; erst dann konnte er seine Sachen zur Revision geben und zu Horskis reisen.

Aber das war nicht so einfach. Der Doppelboden war zwar solide gearbeitet und unauffällig angebracht, aber dem wachsamen Auge der Behörde konnten die verborgenen Schriften unter diesen Umständen nicht entgehen. Der Polizeimeister traute Klitzki keinen Augenblick; in seinem Vorschlag sah er nur eine plumpe Falle, in die er einen Unerfahrenen locken wollte, um seine Dummheit nachher auszubeuten.

Klitzki geriet vor Aufregung in Schweiß. Er zweifelte nicht mehr daran, daß ein Unglück geschehen war.

„Nun, was haben Sie also beschlossen?" drängte Tagejew in ihn und faßte ihn beim Arm.

Klitzki suchte sich zu entwinden.

„Lassen Sie mich los! Mit welchem Recht greifen Sie mich an? Das ist nicht Ihre Sache! Hier hat die Grenzgendarmerie zu bestimmen. Scheren Sie sich fort!"

„Ah! so!"

Nichts vermag den Ton wiederzugeben, im welchem Tagejew diese beiden Worte gesprochen hatte. Sie verrieten aber die Wut, die in ihm kochte.

„Ich lasse Sie aber nicht los!"

„Fort!"

Klitzki rannte plötzlich mit seiner Handtasche dem Stationsgebäude zu. Er hoffte, im Abort die Dokumente vermittels eines Streichholzes zu verbrennen, oder wenn ihm das nicht gelang nach Krakau zurückzureisen.

„Sie müssen mich zurücklassen, ich habe die Grenze doch noch nicht überschritten," dachte er.

Als er aber den Perron erreichte, stieß er auf den Hauptmann, neben dem ein Gendarm stand und der nach der Richtung ausgeschaut hatte, von der Klitzki kam.

Als Hordyj Klitzki erkannte, breitete er die Arme aus.

„Herr Klitzki! Ei, ei, Sie reisen wieder nach Polen? Sehr schön! Ich will Ihnen gern behilflich sein. Bitte, kommen Sie in meine Kanzlei."

Er fühlte, daß Tagejew, der ihm nachlief, stehengeblieben war. Das ermutigte ihn.

„Ich habe mich anders besonnen", sagte er, „ich reise nach Krakau zurück."

„Aber warum denn?" rief Hordyj, „es steht Ihnen ja nichts im Wege."

Er wandte sich an seinen Gendarm.

„Nimm", flüsterte er, auf die Handtasche zeigend.

Bevor Klitzki es verhindern konnte, befand sich die Tasche in den Händen des Gendarmen.

„Bitte, geben Sie mir die Tasche wieder. Ich reise nicht weiter."

Der Hauptmann stellte sich gutmütig, hielt aber dabei Klitzkis Arm fest umklammert.

„Wir folgen ihm, bitte!"

Wie aus der Erde hervorgewachsen, erschien ein neuer Gendarm an Hordyjs Seite.

„Sie nehmen doch einen Kognak . . . ich habe ganz vorzüglichen."

Klitzki fühlte, daß jeder Widerstand vergeblich war. Er ergab sich in sein Schicksal. Ein Fieber erfaßte ihn.

„Gehen wir!" sagte er mit einem nervösen Lachen. In seinen Schläfen hämmerte es.

„Was ist mit Horskis geschehen, mit Kazjo, mit meinem teuren Mädchen? . . ." dachte er.

Er trat in die Gendarmeriekanzlei, in der Hoffnung, auf diese Weise schneller zu seinen Lieben zu gelangen.

(Forts. folgt.)

die zugedachte Ration erhalten werden. Von der Zufuhr aus Rumänien muß alles für die menschliche Ernährung bereitgehalten werden, es darf nicht für Viehfutter Verwendung finden.

Abg. **Matzinger** (Z.) bestreitet, daß der Vorwurf, Getreide sei verfüttert worden, allgemein berechtigt wäre, für Bayern träfe es nicht zu. Es muß auch gelingen, noch Besserungen herbeizuführen. Wir haben in Bayern noch viel Hafer zur Ablieferung, das muß anderweitig auch der Fall sein. Auch der Hafer muß als Nährmittel Verwendung finden.

Abg. **Heck** (natl.): Die Verfütterung von Brotgetreide ist in vielen Gegenden auch im Frieden üblich. Es ist nicht anzunehmen, daß gegenwärtig von dieser Verfütterung starker Gebrauch gemacht worden ist. Die Reduzierung unseres Schweinebestandes zeigt insbesondere, daß die Verfütterung von Kartoffeln nicht groß sein kann. Redner wandte sich dann gegen den Vorschlag, größere Abschlachtungen des Viehs vorzunehmen.

Abg. **Hoff** (Fortschr. Volksp.): Für ihn komme das Ergebnis nicht überraschend. Er habe zeitig genug gesagt: Hüten wir unser Brotgetreide vor der Verfütterung. Wir schädigen heute die Volksernährung, wenn wir Nahrungsmittel, die den Menschen gehören, dem Vieh geben. Die Verantwortung tragen diejenigen, die sich dagegen wenden, daß die Viehbestände herabgesetzt werden, denn das ist das einzigste Mittel, das uns vor einer schweren Situation retten kann. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß man heute noch mit dem Einwand kommt, es dürfe nicht so stark in die Viehbestände eingegriffen werden. — Redner weist nach, daß **große Mengen von Kartoffeln an Schweine verfüttert sein müssen,** die Schweine sind dann in die Hausschlachtung gegangen und von dort in den **Schleichhandel.** Wir dürfen keine Rücksicht walten lassen, wir müssen uns vor der weiteren Gefahr decken, daß wir jetzt wichtige Nährmittel dem Vieh vorwerfen.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Justiz und Eisenbahnen.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsjustizamts suchte zunächst der Staatssekretär Disco die einzelnen Stücke des Gesetzentwurfs über die angebliche Vereinfachung der Rechtspflege, in die ihm am Sonnabend der Entwurf von mehreren Rednern zerrissen worden war, in vergeblicher Bemühung wieder zusammenzuflicken. Die übrigen Erörterungen spannen im allgemeinen die Fäden weiter, die schon am Sonnabend angesponnen worden waren. Der Oberreichsanwalt als willfähriges Organ des Oberkommandos in den Marken und der Kriegswucher spielten dabei die Hauptrolle. Eine besondere Note suchte der Antisemit Bruhn in die Debatte zu bringen, indem er echt burgfriedlich gegen die Juden loszog. Vom Genossen Landsberg mußte er dafür eine gepfefferte Antwort einstecken.

Dann wurde der Etat des Reichseisenbahnamts beraten. Obwohl der preußische Eisenbahnminister wußte, daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens zur Sprache kommen würde, hatte er es nicht für nötig gehalten, zu erscheinen. Vom Zentrum wurde schon die Anregung, zunächst einmal die Frage der Uebernahme des Eisenbahnwesens auf das Reich in einer Sachverständigenkonferenz zu erörtern, mit großem Eifer bekämpft, zum Teil mit ebenso fadenscheinigen partikularistischen Gründen, wie vor einigen Tagen die Anregung einer Konferenz für das deutsche Schulwesen. Unser Genosse Keil trat dieser Auffassung mit Entschiedenheit, Sachkenntnis und gewichtigen Gründen entgegen und wies die außerordentlichen wirtschaftlichen und politischen Vorteile einer Vereinheitlichung des deutschen Verkehrswesens nach. Mit ähnlichen Gründen trat auch der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meiningen für den von seiner Partei gestellten Antrag auf Berufung einer Fachkommission ein. Die Abstimmung über diesen Antrag soll namentlich erfolgen, und zwar in der heutigen Sitzung. Von der Reichsleitung äußerte sich der Präsident des Reichseisenbahnamts zu der Angelegenheit. Seine Rede war saft- und kraftlos. Für die Interessen der Angestellten und Arbeiter bei den Privatbahnen trat mit Wärme und Entschiedenheit unser Genosse Baudert ein.

Beim Etat des Reichsschatzamts wurde zum Schluß noch eine Resolution zugunsten einer Erhöhung der Veteranenbeihilfe einstimmig angenommen.

Herrenhausdämmerung.

Am heutigen Dienstag tritt das Herrenhaus zusammen, um über den Kriegszielantrag des Grafen Hoensbroech nebst dem Zusatzantrag des Herrn von Oldenburg-Januschau zu beraten. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg anwesend sein und im Verlauf der Debatte das Wort ergreifen wird.

Inzwischen scheint es innerhalb der konservativen Fraktion des Herrenhauses wegen des letzten Vorstoßes bei der Diätenvorlage zu Differenzen gekommen zu sein. Denn die beiden Redner der Fraktion zur Diätenvorlage, Graf York von Wartenburg und Herr von Buch, deren Ausführungen wegen ihrer geradezu archaistischen Weltanschauung Aufsehen erregten und die bekannte Antwort Bethmanns im Abgeordnetenhaus provozierten, sind aus der alten (konservativen) Fraktion des Herrenhauses ausgeschieden. Herr von Buch war bisher Vorsitzender der Fraktion. Die heutigen Verhandlungen werden vielleicht eine nähere Erklärung dieser Vorgänge bringen.

Nach dem „Deutschen Kurier" haben außer Herrn v. Buch noch die konservativen Fraktionsführer Graf Behr und Graf Seydlitz-Sanrecki ihr Vorstandsamt niedergelegt. Graf York gehörte dem Vorstande nicht an.

Sekt als Volksnahrungsmittel?

In Koblenz ist die bekannte Weinfirma und Sektkellerei Deinhart u. Co. vom Kriegsamt auf die Liste derjenigen Betriebe gesetzt worden, die als „kriegswichtig" gelten und deren Personal ohne weiteres als im vaterländischen Hilfsdienst tätig anzusehen sind. Als diese Ansicht in einer Besprechung zu Köln zwischen dem Kriegsamt und rheinischen Bürgermeistern angefochten wurde, meinte der Herr Oberst vom Kriegsamt, die Firma Deinhart sei „zweifellos ein für die Volksernährung und für die Heeresversorgung wichtiger Betrieb".

Wird die Sozialdemokratie ungefährlich?

In der „Nationalen Korrespondenz für die Rheinprovinz" (Nr. 3) schreibt der Vorsitzende der rheinischen Nationalliberalen, Prof. Moldenhauer (Köln), zu einem Vortrage Cunows über „Verschiebungen durch den Krieg":

Cunow hat vollkommen recht, wenn er aus der großen Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse und aus der immer größer werdenden Verbitterung der schon jetzt durch den Kriegswucher Geschädigten, nach dem Kriege mehr und mehr ins Proletariat hinabgleitenden Wähler **einen großen Zuwachs für die Sozialdemokratie prophezeit.** Das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriege hat ihr den bis 1914 abschreckenden Namen einer vaterlandslosen Partei genommen und sie in nationaler Beziehung vollwertig in die bürgerlichen Parteien eingereiht. Nach der nun doch wohl mit Sicherheit zu erwartenden Reform des preußischen Wahlrechts und des Gemeindewahlrechts wird sich auch der bisher von seinem Brotherrn abhängige kleine Mann — mag er Beamter oder Kaufmann, Gewerbetreibender oder Arbeiter sein — nicht mehr scheuen, einen Sozialdemokraten zu wählen.

Der nationalliberale Führer schließt daraus die Notwendigkeit einer eifrigen „volkstümlichen" Arbeit seiner Partei. Es ist immerhin bemerkenswert, wie hier ein sehr erfahrener nationalliberaler Parteiführer die Wirkungen des Krieges und unserer Politik während des Krieges abschätzt; doppelt bemerkenswert, wenn man diese Ausführungen etwa mit denen Kautskys in der letzten Nummer der „Neuen Zeit" vergleicht, allwo unser Professor der Politik in einem „wissenschaftlichen" Horoskop der alten sozialdemokratischen Partei nach dem Kriege alle Schrecknisse der politischen Hölle, Schwächung, Katastrophe und Untergang prophezeit.

Wildgrube, der Kanzlerstürzer.

Zwist im Dresdener „Unabhängigen Ausschuß".

Auf der letzten Hauptversammlung des nationalliberalen Vereins in Dresden kam es zu bitteren Beschwerden über die Gründung der Ortsgruppe Dresden des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden". Der nationalliberale Landtagspräsident Geheimrat Dr. Vogel erklärte zum größten Erstaunen der Versammlung, daß man in Berlin keine Ahnung von der Gründung der Dresdener Ortsgruppe gehabt habe. In der Debatte wurde an der Gründung der Dresdener Ortsgruppe des Unabhängigen Ausschusses scharfe Kritik geübt. Besonders beklagte man sich, daß seitdem Reichstagsabgeordneter Dr. Wildgrube an die Spitze der Dresdener Ortsgruppe getreten sei, eigenartige Verhältnisse geschaffen worden seien. Einmal hätten die Gründer der Dresdener Ortsgruppe die nationalliberale Partei gänzlich unbeachtet gelassen und nicht einmal den nationalliberalen Landtagspräsidenten Dr. Vogel bei der Gründung hinzugezogen, so daß die Nationalliberalen sich veranlaßt gesehen hätten, allen Veranstaltungen des Unabhängigen Ausschusses fernzubleiben. Zum zweiten wurde betont, daß die Dresdener Ortsgruppe mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Wildgrube an der Spitze sich in zwei Lager teile, das eine verfolge nationale Zwecke, die andere Strömung richte sich gegen den Reichskanzler. Es gebe eine Richtung, die den Sturz des Reichskanzlers herbeiführen wolle und diesen illiberalen Bestrebungen könnten die Nationalliberalen nicht folgen.

Am Schluß der Versammlung sprach Professor Dr. Brandenburg die echt nationalliberale Warnung aus, sich nicht ganz und gar von dem Unabhängigen Ausschuß zurückzuziehen, damit dieser nicht unter Wildgrubes Leitung zu einer Filiale der Alldeutschen und Konservativen werde.

Gegen den Schwindel mit Ersatzmitteln.

Die sächsische Regierung hat scharfe Maßnahmen ergriffen, um dem Schwindel zu steuern, der mit vielfach völlig wertlosen Ersatzmitteln getrieben wird. Für den Vertrieb von Ersatzmitteln jeder Art bedarf es der schriftlichen Genehmigung durch die Landesbehörden. Diese Genehmigung kann versagt werden, wenn Bedenken gegen die Zusammensetzung des Mittels bestehen oder wenn bestimmte Bedingungen nicht erfüllt werden.

Bundesratsarbeit. In der Montagsitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Die Entwürfe einer Bekanntmachung, betreffend die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, und einer Bekanntmachung, betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, sowie die Entwürfe zu Gesetzen, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1917.

Großschiffahrtsweg Rhein—Donau. München, 26. März. Die Kammer der Reichsräte stimmte in ihrer heutigen Sitzung einem Gesetzentwurf der Regierung mit allen gegen eine Stimme zu, der die erforderlichen Mittel zur Ausarbeitung eines Entwurfs für Herstellung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis Passau verlangt.

Eine Kriegsgesellschaft für Kaninchenfelle. Auf Veranlassung der Kriegsrohstoffabteilung ist mit dem Sitz Leipzig eine neue Kriegsgesellschaft, die Kriegs-Fell-Aktiengesellschaft gegründet worden. Aufgabe der Gesellschaft ist die Beschaffung und Bewirtschaftung von Fellen, insbesondere von Kaninchen-, Hasen- und Katzenfellen zur Deckung des Heeres- und Marinebedarfs. Angestellte Versuche haben sehr gute Ergebnisse bezüglich der Verwendbarkeit dieser Felle ergeben.

Mit der Beschlagnahme der Kaninchenfelle und der Regelung des Verkehrs mit ihnen wird gleichzeitig der Zweck verfolgt, die Kaninchenzucht zu heben. Dementsprechend werden die Preise für Kaninchenfelle verhältnismäßig hoch bemessen sein, um die Züchter zu einer pfleglichen Behandlung der Felle anzuhalten.

„Um den Reichsrat."

Die Monate vergehen, im Sommer laufen die Mandate des 1911 gewählten österreichischen Abgeordnetenhauses ab und noch immer ist, trotz wiederholter Zusicherungen des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinitz der Reichsrat, vor dem Kaiser Karl die Verfassung beschwören wollte, nicht einberufen. Es scheint in der Tat die sehr bedenkliche Absicht zu bestehen, der Volksvertretung, die als einzige unter allen kriegführenden Ländern, während des ganzen Krieges ausgeschaltet blieb, eine Geschäftsordnung aufzuzwingen. So, und nicht durch vorbereitendes Verhandeln mit den Parteien glaubt man die Obstruktion am sichersten fernzuhalten. Jetzt hat ein höherer Beamter beim Abgeordnetenhause, Dr. Reisser, in der „Neuen Freien Presse" vorgeschlagen, das internationale System der drei Lesungen jedes Gesetzentwurfs für Oesterreich zu beseitigen und — durch eine einzige Generaldebatte zu ersetzen, nach der das Gesetz nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden könnte, also etwa das Gesetzgebungsrecht des Volkshauses auf das Etatsrecht des preußischen Herrenhauses zu verringern. Obgleich Dr. Reisser so auftritt, als spräche er Regierungsabsichten aus und obschon dafür auch Indizien bestehen, möchte man doch kaum glauben, daß die Regierung sich zu einer solchen Herausforderung bestimmen lassen könnte. Die Wirkung wäre, ebenso wie wenn eine Geschäftsordnung mit Ausschließung und Polizei oktroyiert würde, zum Verzweifeln. Wer freilich kein Parlament will, der brauchte nur solche Maßnahmen zu ergreifen. Fürchtet man denn einen arbeitsfähigen Reichsrat?

Der deutschradikale Führer Abg. K. H. Wolf hat in einer Versammlung in Teschen die Verordnung der Kreiseinteilung in Böhmen, der deutschen Staatssprache und der Lostrennung Galiziens gefordert, ehe es ein Parlament geben dürfe. Nach der Entfernung der galizischen Abgeordneten würde eine deutsche Mehrheit da sein, die 42 deutschen Sozialdemokraten **werden wir einfach hinausschmeißen".**

So denkt ein führender „Deutschfreiheitlicher" über die Vertretung des deutschen Volkes, . . .

Letzte Nachrichten.

Miljukows Kriegsziele.

Konstantinopel — Aufteilung Oesterreich-Ungarns — Annexionen — Vollkommener Sieg!

Bern, 26. März. Der Minister des Aeußeren, Miljukow, erklärte einem Vertreter der Agentur Radio, die russische Revolution sei unternommen worden, um Rußland von den Fesseln zu befreien, die es bewegungsunfähig machten und auf dem Siegeswege zurückhielten. Er sagte:

Jetzt wird Rußland seine Anstrengungen verdoppeln, um den Sieg, die Grundbedingung seiner Existenz, zu erreichen. Eine so große Umwälzung kann natürlich nicht ohne einige Schwierigkeiten erfolgen, aber heute sind sie anscheinend besiegt. Die Disziplin, die sich in der Armee zeitweilig gelockert hatte, wird täglich wieder straffer, denn die russischen Soldaten verstehen, daß nur eine starke disziplinierte Armee den inneren und äußeren Feind besiegen kann. Ein deutscher Sieg wäre ein Sieg der Reaktion. Der Regierungswechsel hat die Wünsche Rußlands nicht geändert.

Mehr als je wünscht es den Besitz Konstantinopels, der für die wirtschaftliche Freiheit Rußlands notwendig ist. Auch will Rußland die **Befreiung der unterdrückten Nationalitäten Oesterreich-Ungarns.** Rußland ist immer noch von dem Wunsche geleitet, die berechtigten Wünsche aller Völker zu verwirklichen. Auch die von Deutschland während des Krieges zerschmetterten Nationalitäten Belgien, Serbien und Rumänien werden **größer als in der Vergangenheit** auferstehen. Wir wollen ein festorganisiertes Südslawentum bilden und um **Serbien eine unüberschreitbare Barriere** errichten gegen den deutschen Ehrgeiz auf dem Balkan. Das befreite Rußland kennt keinen anderen Ehrgeiz und kein anderes Ideal, als die **Befreiung der Opfer des deutschen Imperialismus.** Solche Kriegsziele benötigen einen **vollkommenen Sieg,** sonst sind sie nicht zu verwirklichen, aber der Sieg wird durch den unerschütterlichen Entschluß des russischen Volkes erreicht.

Damit hat Miljukow die Ententenote an Wilson sowohl an Heuchelei wie an Annexionismus noch um ein Erhebliches übertrumpft.

„Wir bleiben der gemeinsamen Sache treu."

Amsterdam, 26. März. Kriegsminister Gutschkow hat im Namen der provisorischen Regierung folgendes Telegramm an die „Times" gerichtet: „Wir bleiben der gemeinsamen Sache treu. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Glückwünsche. Rußlands Armee und Flotte beschirmen getreulich das neue Reich. Ich hoffe, daß Rußlands Wiedergeburt **die Bande zwischen uns und dem tapferen britischen Volke noch stärken wird."**

Englands Oberaufsicht.

Kopenhagen, 26. März. „Nationaltidende" meldet aus Bergen: Hier sind 20 englische höhere Eisenbahnbeamte auf der Reise nach Rußland eingetroffen, wo sie das Verkehrswesen ordnen sollen.

Eine republikanisch-demokratische Partei in Rußland.

Bern, 26. März. „Petit Parisien" meldet aus Petersburg, augenblicklich sei eine republikanisch-demokratische Partei in Bildung begriffen. Sie werde die Regierungspartei sein und in der gegenwärtigen verwirrten politischen Lage Rußlands eine bedeutende Rolle spielen, das Gegengewicht zu den sehr rührigen extremen Parteien bilden und ein eigenes Blatt „Die Republik" herausgeben.

Bern, 26. März. Lyoner Blätter melden aus Petersburg, ein Sonderausschuß unter der Aufsicht Kerenskis werde eine genaue Untersuchung der Dokumente aus Hofkreisen vornehmen.

Die Erklärung des Zentralausschusses der Kadetten und der Dumamitglieder zugunsten der demokratischen Republik habe großes Aufsehen gemacht und bilde bereits ein Gegengewicht gegen die zu weit gehenden Bestrebungen der anarchistisch-revolutionären Sektion.

Kerenski bereite ein Gesetz vor, das alle Rechtsungleichheit von Klassen, Religionen und Nationalitäten abschaffen soll.

Die Armee für die neue Regierung.

Kopenhagen, 26. März. Nach einer Petersburger Drahtmeldung haben der Oberbefehlshaber Alexejew sowie die übrigen Heerführer dem Ministerrat gemeldet, daß alle Armeen dem Vaterlande und der neuen Regierung Treue geschworen hätten.

Auf Anregung des Kriegsministers ist ein Plan für die Neugestaltung der obersten Heeresleitung nach französischem Muster aufgestellt worden. Danach wird ein Kriegsausschuß, bestehend aus dem Kriegs-, Marine- und Finanzminister und dem Minister des Auswärtigen, sowie Vertretern des Verkehrs- und Landwirtschaftsministers, die die Leitung und die höchste Entscheidung über alle Heeresfragen haben, abgesehen von rein strategischen Anordnungen, die dem Oberbefehlshaber unbeschränkt zustehen, um so die von dem Kriegsausschuß aufgestellten Kriegsziele nach seinem Ermessen zu erreichen.

Die bösen Störenfriede.

Paris, 26. März. „Temps" meldet aus Petersburg: Die Arbeiter- und Soldatenausschüsse fahren fort, **die Handlungen der Regierung zu behindern.** Sie verbreiten Aufrufe, deren Programm, das in heftigstem Tone gehalten ist, **besorgniserregend ist.** Korniloff hatte mit den Ausschüssen Besprechungen, **um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Rußland aus der verlängerten Agitation erwachsen können.** Die provisorische Regierung erläßt zahlreiche Aufrufe, **um den Extremisten Vernunft zu predigen.**

„Bonnet Rouge" meldet, daß die russische sozialistische, in Paris erscheinende Zeitung „Natschalo" **eine Monat suspendiert worden** sei. Das mute sehr sonderbar an, nachdem man in Petersburg die **Preßfreiheit wiederhergestellt habe.**

Die australische Arbeiterpartei und die Wehrpflicht.

London, 26. März. Die Exchange Telegraph Co. meldet aus Melbourne vom 25. März: Die australische Arbeiterpartei hat ein Manifest für die im Mai abzuhaltenden Neuwahlen erlassen. Sie spricht sich darin gegen die militärische Dienstpflicht aus, verpflichtet sich aber, **durch freiwillige Rekrutierung** die Dienste aller Männer, die bereit und physisch geeignet sind, nach der Front zu gehen, zu sichern.

Zugunglück auf der Zossener Strecke.

Berlin, 26. März. Amtliche Meldung. Auf Bahnhof Maßlow entgleisten heute, am 26. d. M., bei Einfahrt des Güterzuges 7838 sieben in der Mitte des Güterzuges laufende Güterwagen. Der Unfall ist durch das schadhaftere Ende eines belgischen Güterwagens entstanden. Beide Hauptgleise sowie das Militärbahngleis auf mehrere Stunden gesperrt. Personen nicht verletzt. Verkehr wird durch Umleitung und Umsteigen aufrechterhalten.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März d. J. Stellung zur Frage der Kriegsernährung sowie insbesondere zu den Aeußerungen des preußischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichskanzler und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. Es wurde folgende Resolution angenommen, die den leitenden Stellen der Volksernährung übermittelt werden soll.

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preußischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preußischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspräche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterschaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen."

Berlin und Umgegend.

Zum Ablauf des Tarifs in den Schriftgießereien nahm am Sonntag eine Generalversammlung der in den Schriftgießereien Beschäftigten Stellung. Der Vorsitzende Reinke nahm in seinen Ausführungen Bezug auf die im „Vorwärts" bereits mitgeteilte Bewilligung von Teuerungszulagen. Jetzt handele es sich um die Frage, ob der am 1. Oktober ablaufende Tarif gekündigt werden solle. Der Kündigungstermin würde der 1. April sein. Der Vorstand habe in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertrauensleuten eingehend die Frage erörtert. Es kam der Beschluß zustande, die Verlängerung des Tarifs auf ein weiteres Jahr vorzuschlagen, weil unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Beruf die Kriegszeit nicht dazu angetan sei, neue Tarifvereinbarungen zu treffen. Zur Begründung dieser Aufforderung ging Redner näher auf die besonderen Verhältnisse im Schriftgießergewerbe ein.

Im gleichen Sinne sprachen noch einige Redner. Von mehreren andern Rednern wurde jedoch der Vorstandsantrag bekämpft. Sie verwiesen darauf, daß seine Annahme den Ablauf des Tarifs erst für den 1. Oktober 1918 bedeute. Angesichts der Tatsache, daß einige Positionen des Tarifs dringend der Besserung und Klärung bedürften, wäre eine so lange feste Bindung nicht zu empfehlen. Es müßte doch auch mit der Möglichkeit eines früheren Friedensschlusses und mit andern, damit verbundenen Möglichkeiten gerechnet werden.

Diese Auffassung gewann in der Versammlung die Mehrheit. Unter Ablehnung des Vorschlags des Vorstandes wurde beschlossen, den Tarif nur auf ein halbes Jahr zu verlängern, mit Festlegung einer vorherigen vierteljährlichen Kündigungsfrist. Nach diesem Beschluß soll also der Tarif, der ja bis zum 1. Oktober 1917 Geltung hat, bis zum 1. April 1918 verlängert werden, während der Kündigungstermin der 1. Januar 1918 sein soll.

Jahresbericht der Maler, Lackierer und Anstreicher.

In der Generalversammlung der Berliner Filiale des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher gab der Vorsitzende Mietz den Jahresbericht für 1916. Die zu Anfang des Jahres vereinbarte Verlängerung des Reichstarifs hat nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Die tarifliche Zulage von 6 Pf., die den Mindeststundenlohn in Berlin auf 81 Pf. erhöhte, kann keineswegs als genügender Ausgleich für die Teuerung angesehen werden. So ist es denn gekommen, daß die Kollegen der Baubranche, für die dieser Lohnsatz gilt, in anderen Berufszweigen mit höheren Löhnen Arbeit nahmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist augenblicklich derart, daß kein Kollege nötig hat, für den Mindestlohn zu arbeiten. Beim Arbeitsnachweis laufen bedeutend mehr Nachfragen ein als Arbeitsuchende vorhanden sind. Deshalb bleibt den Unternehmern nichts übrig, als über den Mindestlohn hinauszugehen. Tatsächlich zahlen viele Unternehmer 85 bis 95 Pf. und auf dem Arbeitsnachweis werden gegenwärtig Stundenlöhne von 1 M. geboten. Diese Konjunktur hat ihre Ursache nicht in vermehrter Arbeitsgelegenheit, sondern in einer Verminderung der Arbeiterzahl, die durch Einziehungen zum Heeresdienst, aber auch durch den Uebergang vieler Arbeiter vom Baufach in andere Berufszweige, hauptsächlich der Kriegsindustrie, hervorgerufen wird. Wo es möglich war, hat die Organisation Lohnbewegungen geführt und dabei beachtenswerte Erfolge gehabt. Das trifft für die Betriebe und Arbeitszweige zu, die Kriegsbedarf herstellen. Hierzu gehört ein großer optischer Betrieb sowie Flugzeugfabriken, wo die Maler und Lackierer gemeinsam mit den Organisationen der übrigen dort vertretenen Berufe Lohnerhöhungen durchgesetzt haben. In den Küchenmöbelfabriken wurden in Gemeinschaft mit den Holzarbeitern Erhöhungen der Teuerungszulagen erreicht. Durch alle diese Bewegungen wurden die Löhne wesentlich erhöht, und zwar zum Teil bis auf 1,50 bis 1,70 M. pro Stunde.

Die Organisation hat sich auch während der Kriegsjahre in jeder Hinsicht bewährt und die schwere Zeit gut überstanden. Im Berichtsjahre wurden 885 Neuaufnahmen gemacht. Dem stehen allerdings auch Abgänge, besonders Einziehungen zum Militär gegenüber, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder von 1465 auf 1198 zurückgegangen ist. Als ein erfreuliches Zeichen kann es angesehen werden, daß die im Felde stehenden Kollegen der Organisation die Treue bewahrt haben. Zahlreiche Feldpostbriefe legen Zeugnis dafür ab. So kann der Verband getrosten Mutes der Zukunft entgegengehen und die Aufgaben erfüllen, die seiner harren. Namentlich wird sich die gewerkschaftliche Tätigkeit darauf zu richten haben, daß die weiblichen Arbeitskräfte, die in den Lackierereien der Großbetriebe jetzt zahlreich vertreten sind, so bemessen werden, daß die Frauen nicht als Konkurrenten der Männer, also nicht als Lohndrücker benutzt werden.

Nachdem die Versammlung den Bericht entgegengenommen hatte, wurde der bisherige Filialvorstand wiedergewählt.

Eine längere Debatte rief ein von einem Mitgliede gestellter Antrag hervor. Derselbe nimmt in seinem ersten Teil Bezug auf die die Lebensmittelfrage betreffende Eingabe der Gewerkschaften an den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes. Der Antrag spricht — weil die Mitglieder der Gewerkschaften über diese Angelegenheit nicht gehört worden seien — den Verfassern der Eingabe das Recht ab, als Vertreter der Gewerkschaften zu handeln. Der zweite Teil des Antrages — um den sich die Debatte fast ausschließlich drehte — verlangt, daß die Filiale den „Vorwärts" nicht mehr als Publikationsorgan benutze. — Schließlich wurde die Erledigung des Antrages bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

Ausland.

Organisation der italienischen Munitionsarbeiterinnen.

Im August 1916 verfügte der italienische Kriegsminister, daß die Heranziehung der Frauenkraft zur Munitionsarbeit in jeder Weise zu fördern und einer eigenen Kommission zu übertragen sei. Diese Kommission wurde von ihm aus Mitgliedern des Nationalverbandes der Ausschüsse für Frauenhilfe ernannt. Dies Rekrutierungskomitee für Munitionsarbeiterinnen ist und bleibt vorläufig in Mailand, dem Hauptort der italienischen Rüstungsindustrie, zentralisiert. In den Provinzen und den einzelnen Städten der industriereichen ligurischen Küste sind Unterabteilungen ernannt worden, die ebenfalls aus den Mitgliedern der vorgenannten Wohltätigkeitsvereinigung genommen wurden. Die Tätigkeit der Komitees, die fast den gesamten Arbeitsnachweis für die Rüstungsindustrie in die Hand genommen haben, werden von den Arbeiterorganisationen mit Sorge und kritischem Blick beobachtet. Sofort nach Bekanntgabe des Dekrets des Kriegsministers hat die Mailänder Arbeitskammer sich versammelt und hauptsächlich auf Betreiben des Vertreters des Metallarbeiterverbandes folgende Entschließung gefaßt: „Es soll ein öffentlicher Arbeitsnachweis mit paritätischer Vertretung organisiert werden; Frauenschutzgesetze sollen die Art der Beschäftigung und die Dauer des Arbeitstages bestimmen; die Fabrikinspektion soll wieder eingeführt und vervollkommnet werden." (Die Arbeiterpresse Italiens beklagt sich seit Kriegsbeginn darüber, daß fast sämtliche Beamte der Fabrikinspektionen eingezogen und nicht ersetzt worden sind, so daß eine Kontrolle zurzeit tatsächlich kaum existiert.) Gleichzeitig vertrat der Abgeordnete Turati in der Kammer einen dringlichen Antrag, in dem er die Regierung aufforderte, die in anderen Staaten geltenden Normen für Frauenarbeit in der Rüstungsindustrie zu prüfen, die Fabrikinspektionen wieder funktionieren zu lassen und zwar im Zusammenhang mit den industriellen Mobilisierungskomitees, ferner den Arbeitsnachweis wieder den berufenen Stellen, d. h. öffentlichen Aemtern zu übertragen, in denen auch die Arbeiterorganisationen vertreten sind.

Die Regierung quittierte diesen Antrag mit tröstenden Zusicherungen und mit einem hohen Lob auf die Tüchtigkeit der arbeitenden Frau.

Von den Forderungen ist aber bis heute noch keine erfüllt, allenfalls die, betreffend das Zusammenarbeiten der Fabrikinspektion mit den industriellen Mobilisierungskomitees. Wenigstens kann man sagen, daß die Tätigkeit der Fabrikinspektion durch diese Komitees bis zu einem gewissen Grade übernommen wurde. Auch die Rekrutierungskomitees arbeiten im Zusammenhang mit diesen Komitees, was alles darauf hinausläuft, auch die Arbeiterinnen mehr und mehr zu militarisieren. Auf den Standpunkt, daß die Arbeiterin genau wie der Arbeiter militarisiert ist, d. h. unter Militärgerichtsbarkeit steht, sobald sie in einem für Rüstungszwecke arbeitenden Betrieb tätig ist, haben sich zwar nicht alle Mobilisierungskomitees gestellt, wie sie überhaupt durchaus uneinheitlich in den verschiedenen Provinzen vorgeht. Immerhin sind aus vielen Städten Klagen über große Härten dieser Frauenmobilisierung gekommen, die andererseits wieder da durchaus nicht wirksam ist, wo die Mobilisierungskomitees für die Interessen der männlichen Arbeiter eintreten. So berichtete unlängst das Verbandsorgan der italienischen Metallarbeiter, daß in Gardone durch das Mobilisierungskomitee und die Vertreter der Arbeiterorganisationen ein neuer Tarifvertrag in einer Munitionsfabrik abgeschlossen wurde, der Lohnerhöhungen für das gesamte Personal mit Ausnahme der Frauen enthielt.

Der italienische Metallarbeiterverband beklagt die geringen Organisierungserfolge unter den Arbeiterinnen, er scheint sich aber selbst in der Frage der Frauenarbeit auch allzu wenig praktisch, sondern rein statistisch theoretisch zu betätigen.

Die Eisenbahner in Spanien.

Bern, 25. März. „Temps" meldet aus Madrid, das Amtsblatt enthalte ein neues Abkommen, das die Forderungen der Eisenbahner größtenteils befriedige. Es erlaube auch, alle schwebenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Schiedsgerichtskommission stehe unter dem Vorsitze des einflußreichsten spanischen Sozialisten Largo Caballero. In amtlichen Kreisen glaube man, daß unter diesen Umständen die Eisenbahner den Generalstreik nicht verkünden werden. Ferner wird der Finanzminister alle Lebensmittelvorräte bekannt geben, um zu beweisen, daß sich Spanien nicht in schwierigeren Verpflegungsbedingungen befinde als die andern neutralen Länder.

Aus der Partei.

Die Parteistellung Ostpreußens. Gegen die Irreführung der Oeffentlichkeit, als ob die Partei in Ostpreußen zur Arbeitsgemeinschaft hielte, wendet sich in einer Erklärung die Königsberger Parteileitung. Anlaß zu dieser Irreführung hat ein angeblicher einstimmiger Beschluß des Bezirksvorstandes des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Ostpreußens vom 11. März gegeben, den die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht. Tatsächlich handelte es sich um eine Zusammenkunft der Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft, welche aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschieden sind. Ueber die wirkliche Stellungnahme der ostpreußischen Parteiorganisation teilt die Königsberger Parteileitung mit:

Außer in den beiden Kreisvereinen Königsberg-Stadt und Königsberg-Land haben sich in der Provinz nur einzelne Parteigenossen auf die Seite der Arbeitsgemeinschaft gestellt, die somit ebenfalls aus der Partei ausscheiden. **Die Kreisorganisationen Memel, Tilsit, Gumbinnen-Insterburg, Rastenburg und Lyck stehen aber geschlossen auf dem Boden der Parteimehrheit.** Diese Vereine haben seit der vollzogenen Spaltung in Königsberg 115 Mitglieder gewonnen. Im Wahlkreis Goldap-Stallupönen konnte sogar ein Verein neu ins Leben gerufen werden und auch im Wahlkreis Osterode-Neidenburg hat sich wieder eine erhebliche Anzahl Genossen zu einem Kreisverein zusammengetan.

Aus einem weiteren Aufruf in der „Königsberger Volkszeitung" ist zu entnehmen, daß auch in Königsberg fanatische Oppositionsmänner einen Boykott des Parteiblatts zu inszenieren versuchen, weil es den Standpunkt der Parteimehrheit vertritt. Dabei scheuen sie sich nicht, an Stelle des Abonnements der „Volkszeitung" das einer bürgerlichen Konkurrenzzeitung zu empfehlen. Es geht nichts über Prinzipienfestigkeit!

Blüten des Oppositionskampfes. Zu dieser Notiz in Nr. 80 des „Vorwärts" vom 22. März d. J. ersucht Parteisekretär Linde um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß ich Parteisekretär der „Arbeitsgemeinschaft" bin.

2. Die aus Vertretern des Gewerkschaftskartells und des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg i. Pr. gebildete Fürsorgekommission hat seit Beginn des Krieges in 890 Fällen Unterstützungen an Kriegerfrauen gezahlt. Sie hatte auch in ihrer letzten, unter meinem Vorsitz tagenden Sitzung in den vier ihr vorliegenden Fällen Unterstützung an Kriegerfrauen bewilligt. Das Geld konnte diesen Frauen aber nicht übermittelt werden, weil der Kassierer der Kommission die Auszahlung der bewilligten Unterstützungen verweigerte. Erst nach meiner Erklärung, die Kriegerfrauen von dieser Weigerung in Kenntnis zu setzen, erhielt ich von dem Kassierer das Geld ausgezahlt, so daß ich nun nach einigen Tagen den Kriegerfrauen mit dieser kurzen Verspätung, an der ich demnach keine Schuld trage, ihre Unterstützung überweisen konnte.

Unsere Nachricht entstammte dem Königsberger Parteiorgan und hatte auch bereits in mehreren anderen Parteiblättern unangefochten gestanden. Wir nehmen an, daß die Königsberger Parteileitung sich zu der Sache noch äußern wird. Lindes Berichtigung geht übrigens auf den von der Parteileitung erhobenen Hauptvorwurf, daß er Unterstützungsanträge zurückgehalten habe, direkt gar nicht ein, so daß man aus seiner Zuschrift nicht einmal entnehmen kann, ob er ihn bestreiten will.

Die Parteiorganisation in Offenburg hat nach einem Referat Adolf Gecks gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Resolution angenommen, in der sie gegen den Ausschluß der Arbeitsgemeinschaft aus der Organisation protestiert. Die zur Kreisversammlung zu wählenden Genossen sollen verpflichtet sein, im Sinne dieser Resolution zu wirken.

Soziales.

Neuorientierung in der Wohnungsfrage.

Während die Neuorientierung unserer inneren Politik im allgemeinen erst versprochen und in Aussicht gestellt ist, ist auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ohne viel Aufhebens ein nicht unbeträchtlicher Umschwung bereits tatsächlich in Gang gekommen, und zwar ist es Preußen, von dem hier die Aenderung ausgeht. Während Preußen noch bis vor kurzem nicht mit Unrecht als sehr rückständig auf diesem Gebiete der Sozialpolitik galt, hat es sich in der letzten Zeit einen starken Ruck gegeben und schickt sich an, auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge vorwärts zu kommen. Die einzelnen Maßregeln sind ja bekannt, aber ihre Zusammenfassung zeigt, daß man in der Tat von einer Art Neuorientierung in der Wohnungsfrage in Preußen reden kann. Schon im vorigen Jahre ist durch das sogenannte Schätzungsamtsgesetz die auch von den Wohnungsreformern längst dringend verlangte Verbesserung des Grundstücksschätzungswesens in die Wege geleitet worden, ebenso wurde durch das Stadtschaftsgesetz den Grundbesitzern die Beschaffung von Realkredit erleichtert. Die gegenwärtig aber dem Abgeordnetenhause vorliegenden und, wie man hoffen darf, bald zur endgültigen Erledigung kommenden Entwürfe eines Wohnungsgesetzes und des sogenannten Bürgschaftssicherungsgesetzes bilden weitere wichtige Bausteine zu einem geschlossenen Gesamtwerke der Wohnungsreform. Sie werden weiter ergänzt durch eine wesentliche Erleichterung der Schaffung von Kleinhäusern und Kleinsiedelungen, die zurzeit das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten durch Revision der Bauordnungen und Bebauungspläne und Herabsetzung der oft ganz übertriebenen Anforderungen in diese durchführt. Weiter ist von ministerieller Seite in der Wohnungsgesetzkommission des Abgeordnetenhauses gegenüber den Wünschen auf Ausgestaltung des Nahverkehrs auf Haupt-, Klein- und Nebenbahnen im Interesse des Wohnungswesens eine entgegenkommende Haltung eingenommen worden. Am meisten aber tritt die Wandlung wohl in zwei weiteren Punkten hervor. Bisher hatte sich der preußische Staat immer auf den Standpunkt gestellt, daß er eigene größere Geldaufwendungen im Wohnungswesen nur zugunsten seiner eigenen Beamten und Angestellten machen wolle. In dem Wohnungsgesetzentwurf und dem Bürgschaftssicherungsgesetz ist nun aber dieser Standpunkt tatsächlich verlassen, und in der zugehörigen Begründung wird erklärt, daß der preußische Staat jetzt, angesichts der großen Wandlungen in den Zeitverhältnissen, es als seine Aufgabe anerkenne, allgemein und ohne Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis auch staatliche Finanzmittel für die Reform des Wohnungswesens einzusetzen. Außerdem wurde in der Wohnungsgesetzkommission des Abgeordnetenhauses von ministerieller Seite mitgeteilt, daß in Zukunft auch geeignetes fiskalisches Land zu angemessenen Preisen vom preußischen Staate für die Zwecke der Wohnungs- und Siedlungsreform zur Verfügung gestellt werden solle, und für Groß-Berlin sind auch bereits entsprechende Unterhandlungen im Gange, also anscheinend eine starke Wandlung auch in der fiskalischen Bodenpolitik.

Dieses preußische Vorgehen eröffnet aber auch wesentlich bessere Aussichten für eine große Wohnungspolitik des Reiches. Es ist kein Geheimnis, daß eine solche Wohnungspolitik des Reiches bisher vor allem an dem Widerstande der Einzelstaaten gescheitert ist, die sich in ihre Zuständigkeit nicht vom Reiche hineinreden lassen wollten. Wenn nun aber die Einzelstaaten selber, und vor allem, wenn Preußen selber auf dem Gebiete des Wohnungswesens kräftig vorgeht, so wird die Befürchtung einer Beeinträchtigung ihrer Zuständigkeit durch das Reich hinfällig, denn dann wird dieses sich selbstverständlich auf diejenigen Gebiete der Wohnungsreform beschränken, die ihm unbestritten zufallen. Es fehlt da auch keineswegs an großen aktuellen Aufgaben. Insbesondere seien erwähnt die Schaffung eines besonderen Erbbaurechtsgesetzes, die Reform der Bodenpolitik des Reiches und vor allem die Schaffung einer großen Reformorganisation zur Aufbringung des nötigen Realkredits für den Bau von Klein- und Mittelwohnungen nach dem Kriege. Einige tatsächliche, wenn auch noch recht bescheidene Anklänge einer solchen Reichswohnungspolitik liegen auch bereits vor, insbesondere das Kapitalabfindungsgesetz und jetzt die Erhöhung des Wohnungsfürsorgefonds des Reiches von 5 auf 10 Millionen Mark sowie die Erweiterung seiner Zwecke. Man darf hoffen, daß diesen ersten kleineren Schritten bald größere folgen werden.

Es ist gewiß, daß diese Wendung in der Wohnungspolitik, insbesondere aber das Vorgehen Preußens die Unterstützung der weiten Kreise finden wird, die bisher schon und zum Teil seit langen Jahren für die Reform unseres Wohnungswesens eingetreten sind. Diese Kreise werden sich aber andererseits sagen müssen, daß die erwähnten Fortschritte zum guten Teile erst in Aussicht gestellt, aber noch nicht verwirklicht sind, und daß es zu ihrer Verwirklichung noch langer, harter und angestrengter Arbeit aller beteiligten Stellen bedarf, ebenso wie es auch über diese Fortschritte hinaus noch eine Fülle weiterer, dringend notwendiger Erfolge auf dem Gebiete der Wohnungsreform zu erstreiten gibt. Es gilt daher für diese Kreise, in ihrem Eifer nicht zu erlahmen, sondern im Gegenteil sich die jetzigen Erfolge als Ansporn zu erhöhter weiterer Tätigkeit dienen zu lassen.

Einfluß der Wohnungen auf Gesundheit und Sterblichkeit.

Ueber den Einfluß der Wohnungen auf die Gesundheit und Sterblichkeit gewährt der Bericht über die Kolonie Ostheim bei Stuttgart einen interessanten Einblick. Diese Kolonie besteht zumeist aus Zweifamilienhäusern. Es heißt da: „In den sieben Jahren von 1908 bis 1914 kamen auf 100 Geburten Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr in ganz Stuttgart 14,4, in Gablenberg 19,8, in der östlichen Peripherie 21,7, in Berg 24,3, in Neu-Gaisburg 25,3, in Gaisburg 27,1, dagegen in Ostheim nur 9,8. Da diese Zahlen den Durchschnitt von sieben Jahren darstellen, so kann die wahrhaft glänzende Stellung, die Ostheim in bezug auf die Kindersterblichkeit einnimmt, nicht auf einem Zufall beruhen. Bei der Untersuchung des ältesten Schuljahrganges in bezug auf die körperliche Entwicklung ergab sich, daß die Ostheimer Kinder durchschnittlich um 0,5 bis 0,9 Zentimeter größer und 1 bis 1½ Kilogramm schwerer waren."

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zunächst vorwiegend trübe mit weiteren Niederschlägen und wenig veränderten Temperaturen; später zeitweise heiter aber sehr unbeständig.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

62. Sitzung. Montag, den 26. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Die zweite Beratung des

Etats für das Reichsjustizamt

wird fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. **Lisco** bittet noch einmal, die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Vereinfachung der Rechtspflege noch vor Ostern vorzunehmen, dies sei dringend notwendig angesichts des außerordentlichen Personalmangels infolge der Einberufungen und noch zu erwartenden Einberufungen zum Heeresdienst.

Abg. **Stadthagen** (Soz. Arbg.):

Der Fall Eulenburg schwebt schon seit beinahe zehn Jahren. Wenn in allen Fällen so langsam vorgegangen wird, so könnten ja sämtliche Richter ruhig auf den Kriegsschauplatz eilen, ohne daß ein besonderer Gesetzentwurf notwendig wäre. (Sehr gut! bei der Soz. Arbg.) Die Antwort des Staatssekretärs zum Verhalten des Reichsanwalts in dem Fall Eichhorn-Weise war, milde ausgedrückt, erstaunlich. Mit erfrischender Deutlichkeit hat seine Mißbilligung auch Herr Groeber zum Ausdruck gebracht und auch die anderen Redner haben das Verhalten des Reichsanwalts und des Staatssekretärs nicht gebilligt. Formell und materiell durfte der Reichsanwalt der Requisition des Oberkommandos in den Marken nicht folgen, denn der Bereich des Oberkommandos erstreckt sich nur auf die Marken, materiell sollten Eichhorn und Weise ja nur deshalb in Schutzhaft genommen werden, weil sie nach der Ansicht des höchsten Gerichtshofes nichts Strafbares getan hätten. Sogar nach dem Militärstrafgesetzbuch macht sich ein Untergebener mitschuldig, wenn er einem Befehl gehorcht, der eine Handlung betrifft, die ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen bezweckt. Hier handelte es sich um die Requisition zur Vornahme des Verbrechens der Freiheitsberaubung unter Mißbrauch der Amtsgewalt. Das eine Opfer des Reichsanwalts, Weise, leidet an schwerer Rückgratverkrümmung. Er ist noch immer in Schutzhaft. Die Verantwortung für die Folgen trägt der Oberreichsanwalt. — Auf dem Schlachtfelde des Kriegszustandes finden sich immer mehr Hyänen ein, die besondere Vorteile für sich daraus suchen, ich meine die Wucherer. Mit Strafgesetzen kann man den Wucher in der heutigen Zeit nicht bekämpfen. Die Sozialdemokraten sind seinerzeit die ersten gewesen, die betont haben, man könne dem Wucher nur wirksam zu Leibe gehen, wenn die Richter aus allen Teilen des Volkes vom Volke gewählt würden. Ferner gehört zur Bekämpfung des Wuchers eine Revidierung der heutigen Gesellschaftsordnung. (Bravo! bei der Soz. Arbg.)

Abg. **Bruhn** (Deutsche Fraktion) wendet sich gegen eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte im Kriege und behauptet, daß die Juden das Hauptkontingent der Wucherer stellen.

Staatssekretär **Lisco** legt Verwahrung ein gegen die Vorwürfe des Abg. Stadthagen gegenüber dem Oberreichsanwalt und der Polizei.

Abg. **Landsberg** (Soz.):

Es gehörte der ja nur zu bekannte Takt des Herrn Bruhn dazu, um seine Angriffe gegen die Juden in einer Zeit vorzubringen, wo Deutsche aller Konfessionen draußen auf dem Schlachtfelde ihr Leben für das Vaterland lassen. Ich bin neugierig, was der Fraktionskollege des Abg. Bruhn, Dr. **Arendt** zu dieser Rede sagen wird. Herr Bruhn hat den Deutschen Reichstag offenbar mit der Redaktion der „Wahrheit" verwechselt. Ich halte ihm das Wort der alten Berliner Posse entgegen: „Ob Christ oder Jud, 's Geschäft bringt's mal so mit sich". (Heiterkeit und Sehr gut!) Der Entwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege enthält soviel

Fallstricke und Fußangeln,

daß wir ihn nicht übereilt erledigen können. Man kommt jetzt mit dem Schlagwort:

das Hindenburgprogramm

muß auch in der Rechtspflege verwirklicht werden. Dann sollten aber die Herren Militärs den ersten Schritt dazu tun und nicht mit soviel überflüssigen Verordnungen kommen. Ihr gesetzgeberischer Tatendrang ist so unheimlich, daß man ihm wirklich Ketten anlegen müßte. So wird verordnet, daß bei Kriegsaufführungen die **Geschlechter getrennt sitzen** müssen, **auch wenn es Mann und Frau sind.** (Heiterkeit und Hört! hört!) Auswärtige Arbeiter werden durch Verordnungen angewiesen, mit ihren Arbeitgebern langfristige Verträge abzuschließen. Jugendliche dürfen nach 8 Uhr abends sich nicht auf der Straße sehen lassen usw. Die Ersparnisse, die die Vorlage vorsieht, sind in Wirklichkeit keine Ersparnisse oder bedeuten Verschlechterungen der Rechtspflege. Daß man die Kurzschrift bei Gericht einführen will, ist ja gewiß gut, es ist nur bezeichnend für den heiligen Bureaukratius, daß er mit diesem Fortschritt **75 Jahre nach Einführung der Kurzschrift** kommt. Die vorgesehene Verschandelung der Schwurgerichte ist für uns völlig unannehmbar. Erfreulicherweise haben diese Bestimmungen keine Aussicht auf Annahme im Reichstag. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Ablaß** (Vp.) polemisiert gegen die Ausführungen des des Abg. Bruhn, der die Verhältnisse der Rechtsanwälte geradezu auf den Kopf gestellt habe.

Damit schließt die Debatte. Die vorliegenden Resolutionen und Anträge werden sämtlich angenommen.

Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnamts.

Hierzu liegt die Resolution Ablaß (Vp.) vor, die eine Denkschrift über die Ersparnisse verlangt, die durch **Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen** einschließlich der Wasserstraßen möglich sind, und ferner die Berufung einer Fachkommission zur Vorbereitung dieser Denkschrift wünscht.

Abg. Dr. **Pfleger** (Z.): Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich, von der Herr Kirchhoff die Ersparung einer Milliarde jährlich erhofft, wäre ohne eine horrende Anleihe gar nicht möglich und ist daher erledigt. Das bayerische Sonderrecht auf dem Gebiete der Eisenbahnen zu beseitigen, haben wir keinen Anlaß. Die liebevolle Behandlung der einzelstaatlichen Interessen wäre bei einer Zentralisierung undenkbar.

Abg. **Keil** (Soz.):

Bereits 1912 hat der Reichstag eine Denkschrift über die Vereinheitlichung der Eisenbahnen verlangt. Durch die Erfahrungen dieses Krieges ist die Frage der Reichseisenbahnen neu aufgerollt worden und die Schriften des Geheimrat Kirchhoff haben einen wertvollen Beitrag dazu geliefert. Neben der Kräftigung der politischen Einheit verspricht sich Kirchhoff auch erhebliche materielle Vorteile in Höhe von einer Milliarde von der Verwirklichung seiner Gedanken. Dieser Gedanke ist leider von der Reichsleitung und der Mehrheit des Reichstages noch nicht gewürdigt worden. Im Gegenteil, man geht daran, den Verkehr erheblich zu besteuern. Zum mindesten sollte man dann seine Vorschläge zur Vereinfachung und besseren Organisierung des Verkehrswesens beachten. Der Eisenbahnminister, der sich in der Kommission gegen die Kirchhoffschen Vorschläge eingehend ausgesprochen hat, schenkt uns heute leider die Ehre seiner Abwesenheit. Er ist gewiß Autorität auf diesem Gebiete, aber Herr Kirchhoff auch. Hier steht also Autorität gegen Autorität. Daher ist es sehr wünschenswert, daß diese Frage durch eine

Kommission von Fachleuten

endgültig geklärt wird. Das deutsche Wirtschaftsleben verdankt seinen riesigen Aufschwung dem Zusammenschluß der Bundesstaaten zum mächtigen Deutschen Reich. Eine logische Konsequenz ist die Ueberführung des Verkehrswesens in die Hände des Reichs. Dieselben Herren, die in Preußen Riesenüberschüsse aus den Eisenbahnen erzielen, halten sich für befugt, hier vor einer fiskalischen Ausnutzung der Eisenbahnen durch das Reich zu warnen. Herrn Pfleger erwidere ich, daß die Bahern sicher nicht auf ihrem formalen Schein bestehen bleiben werden, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vereinheitlichung der Bahnen im Interesse des Gesamtwohls liegt. Unsere Zeit schreit nach Einfachheit und nach Einheit. Schon Bismarck hat gesagt: Der Gedanke der Reichseisenbahnen wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis er sich verwirklicht hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zeichnet

die sechste Kriegsanleihe und wißt:

daß unser unerschöpfliches Nationalvermögen Euer Darlehen an den Staat vielfach sichert;

daß der hohe Zinssatz vom Reich vor dem Jahre 1924 nicht herabgesetzt werden kann und darf;

daß der Inhaber dann Zurückzahlung zum vollen Nennwert verlangen kann;

daß jeder Zeichner durch Verkauf oder Beleihung, wann und wo er will, über das angelegte Geld ganz oder teilweise wieder verfügen kann;

daß jede Zeichnungsstelle verpflichtet ist, über die Höhe der einzelnen Zeichnungen Stillschweigen zu bewahren;

daß auch der zeichnen kann, der kein bares Geld hat, weil ihm die Darlehenskassen andere Werte zu günstigem Zinsfuß beleihen;

daß ein günstiges Anleihe-Ergebnis unsern Feinden endgültig die Hoffnung rauben muß, uns niederzwingen zu können.

Gebt unsern Feinden die Quittung für das abgelehnte Friedensangebot!

Zeichnet mit allem, was Ihr aufbringen könnt, Kriegsanleihe!

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Vp.) befürwortet die Resolution Ablaß. Sie entspricht nicht etwa einem Mißtrauen in die ganze Verwaltung der Eisenbahnen, sondern wir wollen, daß endlich Klarheit geschaffen wird über die angeregte Frage. Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt, den großen Gedanken der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens aufzunehmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. **Schiele** (kons.): Jetzt ist der Gedanke der Vereinheitlichung der Eisenbahnen ganz ungeeignet. Gerade im Krieg haben sich die Eisenbahnen in ihrer gegenwärtigen Form bewährt. Redner polemisiert des weiteren gegen Einzelheiten der Kirchhoffschen Schrift.

Präsident des Reichseisenbahnamts **Wackerzapp**: Ohne Zustimmung der beteiligten Bundesstaaten könnte eine Maßnahme von so gewaltiger Tragweite in wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Beziehung wie die Vereinheitlichung der Eisenbahnen nicht zur Durchführung gebracht werden. Daß diese Zustimmung von einzelnen Bundesstaaten wie Preußen und Bayern zurzeit nicht zu erlangen ist, haben die bisherigen Debatten erwiesen. Demgegenüber **müssen die eventuellen Vorteile finanzieller und technischer Natur zurücktreten,** zumal sie noch nicht erwiesen sind.

Abg. **Stöve** (natl.): Die Herren, die so überzeugt sind von der Unzweckmäßigkeit der Vereinheitlichung der Eisenbahnen, sollten doch der Prüfung der Frage durch eine Fachkommission am wenigsten Widerstand entgegensetzen. Der freisinnige Antrag will im übrigen lediglich Vorarbeit leisten, und dem stimmen auch wir zu.

Abg. Frhr. v. **Gamp** (D. Fr.): Daß wir mit der heutigen Vereinheitlichung im deutschen Eisenbahnwesen noch nicht zum Abschluß gelangt sind, ist zweifellos. Auch zu erheblichen Ersparnissen werden wir nach dem Kriege kommen müssen. Ob freilich die Kirchhoffschen Vorschläge zu diesem Ziele führen würden, ist nach den Erklärungen des preußischen Eisenbahnministers noch zu bezweifeln.

Abg. Dr. **Haegy** (Els.) erklärt sich gegen die Resolution Ablaß, die doch nur einen Schlag in die Luft bedeutet.

Abg. **Baudert** (Soz. Arbg.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Zustände der Thüringischen Kleinbahnen, wo die Angestellten ganz elend bezahlt würden. Darunter müsse die Betriebssicherheit leiden. Deshalb sollte der Präsident des Reichseisenbahnamts Einfluß, mindestens moralischen Einfluß zur Abänderung solcher Zustände ausüben.

Die Debatte schließt. Ueber die Resolution Ablaß wird namentlich abgestimmt werden, und zwar erst morgen, Dienstag. Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts.

Abg. Prinz zu **Schönaich-Carolath** (natl.) befürwortet eine von allen Parteien beantragte Resolution, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und der vorangegangenen Feldzüge eine einmalige außerordentliche Zuweisung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr (Anfragen, Steuergesetze).

Schluß 7½ Uhr.

Hauptausschuß des Reichstages.

Am Montag wurde die Aussprache über die

Vorgänge in Elsaß-Lothringen

fortgesetzt.

Abg. **Waldstein** (Vp.) fragte an, ob es richtig ist, daß bereits im Herbst 1914 das elsaß-lothringische Staatsministerium erklärt habe, daß das Vorgehen der Militärbehörden nicht den Zusicherungen entspreche, die der Reichskanzler und seine Vertreter abgegeben haben. Dies kennzeichne die Zustände in Elsaß-Lothringen. Ueberaus bedauerlich sei die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts vom 5. März 1917. Wenn diese Entscheidung maßgebend bleibe, dann habe das Schutzhaftgesetz für Elsaß-Lothringen **jeden Wert verloren.** Nach der Entscheidung könne der militärische Befehlshaber auf dem Kriegsschauplatz alles verfügen, **was ihm zweckmäßig erscheine.** Der Kriegsminister habe in seiner Anweisung am 23. Januar 1917 die Grenze richtig gezogen. Er frage nun, was geschehen solle, um den Erlaß des Kriegsministers in dieser Beziehung durchzuführen.

Kriegsminister **v. Stein:** Als Soldat könne er sich nur auf den praktischen Standpunkt stellen. Soweit Maßnahmen auf Grund des Kriegsrechts durchgeführt werden, geschehe dies, weil die Personen gefährlich werden könnten. Sollen die Militärbefehlshaber so lange warten, bis eine Gefahr für die Gesamtheit eingetreten ist? Das sei unmöglich.

Abg. **Landsberg** (Soz.): Nicht neu sei die Art, wie in Elsaß-Lothringen verfahren werde. Ebenso sei es nicht neu, wie sich die Regierungsvertreter wiederum verhalten. Sicherlich werden auch diese Herren über die Vorgänge empört sein. Weshalb sprechen sie das nicht aus und erklären offen und rückhaltlos, daß sie mit aller Schärfe dagegen auftreten werden. Statt dessen bemühen sich die Herren, die Vorgänge

zu entschuldigen und zu bemänteln.

Er stelle fest, daß der Kriegsminister **noch immer nicht** die wiederholt gestellte Frage beantwortet habe, was dagegen geschehen soll, daß die Elsaß-Lothringer zwar von dem Zwangsaufenthalt befreit werden, ihnen aber verboten wird, nach Elsaß-Lothringen zurückzukehren. Ist der Kriegsminister bereit, dafür zu sorgen, daß der Reichstagsabgeordnete Lévêque endlich wieder in seine Heimat zurückkehren könne? Er halte es für ganz selbstverständlich, daß im Plenum diese Vorgänge besprochen werden müssen. Außerdem sei es unbedingt notwendig, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird. Es gäbe eben im Militär Herren, die denken,

die Kerls in Berlin sollen nur reden was sie wollen, wir tun hier doch, was wir wollen. Sodann sei eine Ergänzung des Schutzhaftgesetzes notwendig, die rückhaltlos ausspricht, daß die Bestimmungen des Schutzhaftgesetzes **auch im Operations- und Etappengebiet** angewendet werden müssen. Den Kriegsminister ersuche ich um Auskunft darüber, ob es wahr ist, daß unmittelbar nach dem Erlaß des Schutzhaftgesetzes das Kriegsministerium an die Gouverneure von Metz, Straßburg und Saarbrücken eine Anweisung hat ergehen lassen, die es bewirkte, daß sich die **Gouverneure über die Bestimmungen des Gesetzes hinweggesetzt haben.**

Kriegsminister **v. Stein** erklärt, daß das nicht geschehen ist. Im Fall des Abg. Lévêque seien die Akten eingefordert worden. Der Fall werde geprüft werden und demgemäß die Entscheidung herauskommen.

Abg. **Rießer** (natl.) bedauert ebenfalls das Urteil des Reichsmilitärgerichts; es enthalte einen grundsätzlichen Irrtum. Bei der Ausführung der Maßnahmen seien schwere Fehler vorgekommen. Unbegreiflich sei es, daß noch immer im Falle Lévêque die Aufenthaltsbeschränkung aufrecht erhalten werde. Bei der Eröffnung der Universität Straßburg sei er als junger Mensch zugegen gewesen und habe in seiner Begeisterung geglaubt, daß Elsaß-Lothringen

in ganz kurzer Zeit wieder deutsch

fühlen und denken werde. Und wie sehe es jetzt dort aus durch die Schuld der militärischen Behörden!

Staatssekretär Dr. **Helfferich** bittet noch einmal, von einer Erörterung der Angelegenheiten im Plenum Abstand zu nehmen. Die Reichsleitung stimme durchaus mit dem Reichstag darin überein, daß solche Fehler nicht mehr vorkommen werden. Sie hatte durchaus das ehrliche Bestreben, die notwendigen Besserungen zu erreichen. Die Abgrenzung zwischen dem, was das Kriegsrecht erfordere und dem, was auf Grund des Belagerungszustandes erfolge, sei überaus schwer. Er glaube aber, daß der Erlaß des Kriegsministers im wesentlichen das Richtige getroffen habe.

Abg. **Spahn** (Z.): Elsaß-Lothringen ist ein unglücklich regiertes Land. Die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen sei durchaus brav, ruhig und entgegenkommend. Für was ist eigentlich der Statthalter in Elsaß-Lothringen? Er hätte die furchtbaren Folgen der jetzigen Art der Militärdiktatur voraussehen müssen. Statt dessen spiele er die Rolle des Stummen.

Abg. **Wendel** (Soz.): Die elsaß-lothringische Bevölkerung war zum größten Teil von jeher deutsch. Wie kommt es, daß jetzt eine derartige Stimmung im Lande herrsche, wie sie von verschiedenen Seiten berichtet worden ist? Franzosen seien die Lothringer geworden durch die große französische Revolution, die ihnen die bürgerliche Freiheit gebracht hat. Preußen aber habe die Elsaß-Lothringer

mit dem Korporalstock

behandelt, mit Schutzmann und Unteroffizier. Es fehle die Achtung vor der Menschenwürde. Dieses Verfahren sei nicht deutsch, sondern russisch im übelsten Sinne des Wortes. Demgegenüber sei die Haltung der Regierungsvertreter sehr schwach. Auch er müsse betonen, daß nach seiner Ansicht es **ganz unvermeidlich** sei, daß diese Vorgänge im Plenum des Reichstags besprochen werden. Wenn die gerügten Dinge von heute oder gestern wären, dann könnten die Vertröstungen des Staatssekretärs Helfferich einen Eindruck machen; es handle sich aber um Vorgänge, die seit **zwei Jahren sich abspielen,** und in dieser Zeit hatte der Reichstag immer wieder und wieder versucht, Wandel zu schaffen, aber ohne Erfolg. Der Reichstag müsse jetzt ein bedeutendes Wort sprechen, damit die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen sieht, daß es in Deutschland doch noch eine Stelle gibt, **wo das unterdrückte Recht seinen Verteidiger findet.** Nur so könne das Vertrauen der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen zu einer deutschen Einrichtung wieder erworben werden.

Abg. **Gröber** (Z.): Nach seiner Ansicht hänge es von der Regierung ab, ob die Angelegenheit im Plenum besprochen werden muß. Er hätte allerdings erwartet, daß schon längst eine Erklärung abgegeben worden wäre, daß die hier besprochenen unverantwortlichen Schutzhaftfälle endlich aufgehoben werden. Was soll man aber dazu sagen, daß nicht einmal der Reichstag es erreichen könne, daß ein Reichstagsabgeordneter wieder in seine Heimat zurückkehren könne. Dazu kann keine Partei schweigen, dagegen

müsse sie auftreten, auch im Plenum des Reichstags. Es mag kommen, was da will.

Der Vertreter von Elsaß-Lothringen, Ministerialdirektor **Nobis**, bestreitet, daß die Gesellschaft Souvenir Française von der Landesregierung begünstigt worden sei.

Staatssekretär Dr. **Helfferich** wies darauf hin, daß der Statthalter kein Recht gehabt habe, unmittelbar in die Rektorwahl der Universität Straßburg einzugreifen; er müßte daher mit größter Vorsicht vorgehen.

Abg. **Gräfe** (F.): Auch seine Parteifreunde wollen, daß die Milderungen, die das neue Schutzhaftgesetz gebracht hat, durchgeführt werden. Aber er sei der Meinung, daß bei der Erörterung der einzelnen Fälle nicht genügend Rücksicht auf die Schwierigkeiten genommen werde, die tatsächlich bestehen. So ganz unschuldig seien auch die Elsaß-Lothringer nicht. Wären sie genügend von den Bestrebungen der Franzosenlinge abgerückt, dann wäre es sicherlich nicht zu den bedauerlichen Fällen gekommen.

Abg. **Haus** (Els.): Oberst Wriesberg habe erklärt, daß die Behandlung des Abg. Lévêque milder geworden sei, daß namentlich der Abg. L. sich nicht mehr in seinem Wohnort melden müsse. Gestern sei der Abg. L. in seinem Wohnort gewesen, und da sei ihm eröffnet worden, daß er in Zukunft vor seiner Abreise nach Berlin sich von seinem Wohnort abmelden müsse, und, wenn er in Berlin ankomme, bei der Polizei sich melden müsse und umgekehrt. (Zuruf von allen Seiten: Das sind die versprochenen Verbesserungen!) Diese Verschärfung sei traglos die Folge davon, daß die Militärbehörden aus den Zeitungen Kenntnis von den Verhandlungen des Ausschusses bekommen haben.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag, 9 Uhr, vertagt.

Parlamentarisches.

Mutter und Kind.

In einer kurzen Sitzung am Sonnabendvormittag hörte die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik den als Vertreter des Reichsamts des Innern erschienenen Geheimrat Dr. Leymann über die Ausführung der Arbeiterschutzvorschriften auf Grund der Verordnung vom 4. August 1914. Es sei ein weitverbreiteter Irrtum, daß der gesamte Arbeiterschutz im Kriege aufgehoben sei; das sei absolut nicht der Fall. Nur Einzelausnahmen seien gestattet und sie würden unter sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse gewährt. Allerdings seien **40 Proz. der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Heeresdienst eingezogen.** (Das erklärt wohl die zahlreichen Klagen und den Umstand, daß aus den Ausnahmen die Regel wurde. Die Red.) Die zurückgebliebenen Aufsichtsbeamten seien mit Bureaugeschäften überlastet und es gelinge nicht immer, sie zu reklamieren. Bei der Achtstundenschicht der Frauen müsse man drei Arten von Betrieben unterscheiden, die mit 1, 2 und 3 Tagesschichten. Für die letzteren werde die Achtstundenschicht vorgeschrieben; **die ersteren müßten aber mit Zehn- und Zwölfstundenschichten arbeiten,** wobei jedoch auf Einhaltung der Pausen, des freien Sonnabendnachmittags und des freien Sonntags nach Möglichkeit gesehen werde. Von Ausnahmen für die Beschäftigung der Frauen im Bergwerk unter Tage sei der Regierung nichts bekannt. Auch die Schutzvorschriften für schwangere Frauen seien nicht aufgehoben. Daß in Zinkhütten bei Arbeiterinnen Bleivergiftungen vorkämen, dürfte nicht zutreffen. In Stickstoffabriken beobachte man Hautausschläge; aber Frauen seien auch dort nicht beschäftigt. Die weibliche Gewerbeaufsicht helfe nur in sehr beschränkten Grenzen.

In der Debatte trat Abg. **Kräsig** (Soz.) der optimistischen Darstellung der Regierung mit Mitteilungen aus Textilarbeitergebieten entgegen, die **sehr viel schlimmer lauteten.** Für Schwangere sei

unbedingt besserer Schutz

zu verlangen. Für Arbeiterinnen unter 18 Jahren die sechsstündige Arbeitszeit. — Abg. Sivkovich (Vp.) schloß sich diesen Forderungen an und bestätigte, daß in Stickstoffabriken und Zinkhütten nach Mitteilungen des Bureaus für Sozialpolitik doch Frauen beschäftigt würden. — Abg. Hitze (Ztr.) bringt einen längeren Antrag auf besseren Frauenschutz ein, der verschärfte Maßnahmen und mehr Aufmerksamkeit namentlich für die verheirateten Frauen im Kriege verlangt. — Abg. Marquardt (natl.) unterstützt diese Tendenz. — Abg. Kunert (Soz. Arbg.) stellt eine Anzahl weitergehender Forderungen.

Die Kommission nimmt darauf einstimmig einen Antrag an, bei den Reichskanzler ersucht, herbeizuführen, **daß die im militärischen Dienst befindlichen Gewerbeinspektoren ihrem Amt wieder zur Verfügung gestellt werden.**

Die zahlreichen Anträge zum Frauenschutz werden auf Antrag des Referenten Dr. Quarck (Soz.) einer neugebildeten Unterkommission zur Vorberatung und Redaktion für die nächste Sitzung Dienstagvormittag 9 Uhr überwiesen.

Aus Groß-Berlin.

Verhaftung eines Charlottenburger Stadtsekretärs.

Umfangreichen Mehlschiebungen ist man im Charlottenburger Magistrat auf die Spur gekommen. Die Verfehlungen haben auch bereits zur Verhaftung des Stadtsekretärs Quella geführt und dürften noch weitere Verhaftungen im Gefolge haben. Es handelt sich um Unterschleife in Höhe von mehreren hunderttausend Mark. Bei dem verhafteten Beamten sind über 100 000 M. vorgefunden worden. Die Untersuchung wegen dieser Veruntreuungen ist noch nicht abgeschlossen und wird wahrscheinlich einen erheblichen Umfang annehmen. Von diesen Schiebungen wird jedoch die Versorgung der Charlottenburger Bevölkerung nicht berührt. Charlottenburg hat die üblichen Rationen beibehalten.

Dazu teilt uns der Charlottenburger Magistrat mit: Durch Zusammenwirken von Angestellten der Trockenkartoffel-Gesellschaft und der Stadt Charlottenburg ist der Versuch gemacht worden, auf die Stadt Charlottenburg von der Reichsgetreidestelle angewiesene 100 Doppelzentner Weizenmehl einem großen Verpflegungsunternehmen in Berlin unter Erzielung höherer Gewinne durch Scheinbuchung zuzuschieben. Der Versuch ist mißglückt. Das Mehl ist beschlagnahmt. Ein finanzieller Verlust ist ebenso wenig entstanden, da für die Deckung des Kaufpreises von den Schiebern gesorgt ist.

Wie wir ferner erfahren, sind auch bereits mehrere Angestellte der Kartoffeltrocken-Gesellschaft festgenommen worden. Gegen einen Hofkonditor in der Rankestraße und eine Konditorei in der Leibnizstraße schwebt die Untersuchung; beide Geschäftsleute sollen von Quella Mehl gekauft haben. Bei dem verhafteten Magistratsbeamten, der in bescheidenen Verhältnissen lebte und in der Sophie-Charlotten-Straße eine kleine Wohnung inne hat, wurden 140 000 M. beschlagnahmt, die L. in einer Brieftasche bei sich trug. Die Verfehlungen der Beteiligten haben einen erheblichen Umfang angenommen. Mehl ist in großen Mengen an Privatleute, nicht nur in Charlottenburg, sondern auch in Berlin und anderen Vororten, verkauft worden, und zwar doppeltem und dreifachem Preise. Die Kriminalpolizei ist jetzt damit beschäftigt, die Abnehmer zu ermitteln, die sich sämtlich strafbar gemacht haben, da privater Mehlhandel verboten ist.

Zu dieser Angelegenheit erhalten wir noch folgende Zuschrift der Reichsgetreidestelle:

„Eine der Reichsgetreidestelle fernstehende Persönlichkeit trat an einen unserer Beamten mit dem Ansinnen heran, ihm bei Mehlschiebungen zum Nachteile der Reichsgetreidestelle behilflich zu sein. Der Angestellte bat sich Bedenkzeit aus und erstattete pflichtgemäß der Geschäftsführung der Reichsgetreidestelle Meldung, die daraufhin veranlaßte, daß er, in Gemeinschaft mit einem anderen Beamten, scheinbar auf dieses Ansinnen einging, um der Mehlschiebung bis zum letzten Ende auf den Grund zu kommen. Dies geschah mit dem Erfolg, daß alle Schuldigen entlarvt und verhaftet werden konnten.

Die Geschäftsführung der Reichsgetreidestelle nahm Veranlassung, ihren bei der Aufdeckung beteiligten Beamten für ihr korrektes und geschicktes Verhalten besondere Anerkennung auszusprechen."

Der Sirup des Schwerarbeiters.

Merkwürdig lange läßt manchmal die Lieferung der besonderen Nahrungsmittel auf sich warten, die auf Vorzugskarten gewährt werden. Im November vorigen Jahres richtete der Berliner Magistrat an die Inhaber von Brotzusatzkarten (mit Ausnahme der Jugendlichen) die Aufforderung, sich zum Bezug des ihnen zustehenden Speisesirups in einem der durch Aushang bezeichneten Geschäfte bis Mitte Dezember zu melden. Der Zeitpunkt des Verkaufsbeginns werde noch mitgeteilt werden, sagte die Bekanntmachung. Ein Schwerarbeiter, der eine Brotzusatzkarte hatte und damals seinen Anspruch auf Sirup rechtzeitig anmeldete, berichtet uns jetzt über seine Erfahrungen. Drei Monate hindurch ließ er in dem Geschäft, das seine Meldung entgegengenommen hatte, durch seine Mutter immer wieder nach dem versprochenen Sirup fragen. Zunächst wurde geantwortet, es sei noch keiner da, später lautete der Bescheid, der inzwischen eingetroffene Vorrat sei sogleich ausverkauft worden, und so setzte das Frage- und Antwortspiel sich fort. Erst am 21. März hatte endlich die alte Frau das schon längst nicht mehr gehoffte Glück, doch noch ihr bißchen Sirup zu erwischen und freudestrahlend heimtragen zu dürfen. Wie erklärt sich's, daß trotz vorheriger Anmeldung der Kauflustigen und genauester Kenntnis der jedem Geschäft zu liefernden Menge dieser Schwerarbeiter erst so spät zu seinem Sirup kam? Wir können denen, die unter solchen Lieferungsverzögerungen zu leiden haben, nur raten, sich mit Beschwerden an den Magistrat zu wenden. Das sollten nicht nur die zum Kauf berechtigten Personen tun, sondern nötigenfalls auch die Geschäftsinhaber — sofern nicht etwa ihnen selber die Verzögerung zur Last fällt.

Für Kriegerkinder wurde in Berlin im Winter 1916/17 die Unterstützung mit monatlich 15 Mark gezahlt. Sie setzte sich zusammen aus der Reichsunterstützung von 7,50 M. und dem Gemeindezuschuß von gleichfalls 7,50 M. Der Gemeindezuschuß wurde erst am 1. Nov. 1916 von bis dahin 6,75 M. auf 7,50 M. erhöht und sollte nach den von den Gemeindebehörden gefaßten Beschlüssen nur bis 31. März 1917 in dieser Höhe beibehalten werden. Inzwischen hat der Magistrat sich entschlossen, auch für die Sommermonate den Zuschuß weiter mit 7,50 M. zu zahlen. In seinem an die Stadtverordneten gerichteten Ersuchen um Zustimmung weist er zur Begründung auf die noch immer fortdauernde Lebensmittelteuerung hin.

Nicht Höchstpreise, sondern Richtpreise für Obst. Gegenüber den Beschlüssen der Berlerschen Obstzüchter, die hohe Erzeugerhöchstpreise für Kirschen, Pflaumen, Aepfel und Birnen forderten, weist die Reichsstelle für Gemüse und Obst darauf hin, daß bisher keinerlei Höchstpreise für Obst festgesetzt wurden. Dagegen ist für die verschiedenen deutschen Obstbaugebiete die Festsetzung von Richtpreisen in Erwägung gezogen, vermöge deren die einzelnen bundesstaatlichen Landesstellen in der Lage sein sollen, später Höchstpreise festzusetzen.

Die Geschäftsräume der Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung des Magistrats sind an den Fernsprecher unter Amt Norden Nr. 4622 bis 24 angeschlossen.

Zur Aufklärung der ländlichen Bevölkerung animiert der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer in einem Erlaß die Landwirtschaftskammern. Die Landwirte sollen über ihre durch den Krieg bedingten Pflichten belehrt und darauf hingewiesen werden, daß sie alles Land bebauen und alle irgendwie entbehrlichen Erzeugnisse an das Heer und die städtische Bevölkerung abzugeben haben.

Eine Stiftung für Weber und Stuhlarbeiter. Aus der unter der Verwaltung der städtischen Stiftungsdeputation stehenden Johann-Jacob-Zeitler-Stiftung sollen erneut einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 M. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirker, Raschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker und auch andere Handwerker), Meister und Gesellen vergeben werden, die zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, die mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Stiftungsdeputation, Stralauer Straße 56, zu richten.

Für Erstimpflinge und Wiederimpflinge werden besondere Impftermine abgehalten, und zwar in der Gemeindeschule Wilhelmstraße 117 an jedem Dienstag und Freitag um 5 Uhr, in der Gemeindeschule, Albrechtstr. 20, an jedem Montag und Donnerstag, nachmittags 4 Uhr. Zu diesen Impfterminen können sich auch andere Kinder und Erwachsene (Einwohner Berlins) einfinden. Die Impfungen sind unentgeltlich. Es werden an jedermann Ausweise

Der deutsche Rückzug.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.

Hauptquartier West, den 21. März.

Der deutsche Rückzug zwischen Arras und Aisne dauert an. Während die Engländer langsam nachtasten, suchen die ihnen in taktischer Beweglichkeit überlegenen Franzosen uns dauernd an der Klinge zu bleiben. Die Städte Bapaume, Péronne, Nesle, Ham, Roye, Guiscard und Noyon sind vom Feinde besetzt. Das zu erwartende Siegesgeschrei hat begonnen. Gestern meldete der französische Funkendienst, die deutsche Armee flute „auf die belgische Grenze" zurück.

Je weiter Engländer und Franzosen vorstoßen, desto langsamer wird ihr Tempo. Heute sind sie überall in die deutsche Zerstörungszone geraten; die ihren Vormarsch genau so hindert, wie unsere Heeresleitung es beabsichtigte. Auch das Entrüstungsgeschrei über unsere Zerstörungen hat eingesetzt. Darauf waren wir vorbereitet. Ueberraschend sind uns die französischen Klagen über ein paar harmlose Puppen mit der blau-weiß-roten Trikolore in der Hand, die unsere Leute auf verschiedenen Marktplätzen zur Begrüßung des nachrückenden Gegners zurückgelassen haben.

Ueber die ersten Stunden des Rückzuges werden noch einige Einzelheiten bekannt. Südlich Arras, wo ich selber weilte, ging er — völlig unbemerkt vom Engländer — begünstigt durch Nacht- und Tagesnebel rasch und verlustlos vonstatten. Unsere für die Nachhuten vorbereiteten Zwischenstellungen waren längst besetzt, als die ersten Kampfbataillone rückwärts erschienen — mit Hurrarufen begrüßt. Unsere schwere Artillerie hatte vorher ihre neuen Stellungen bezogen. Ein paar leichte Geschütze böllerten den Engländern etwas vor. Der für einen Rückzug immer kritischste Augenblick, da die schwere Artillerie vorn weg und die Truppe ohne Sperrfeuer ist, verging, ohne daß die Engländer sich rührten. — Im Raume der Ancre war der Gegner seit dem Teilrückzug vom 22. Februar besser auf dem Posten. Hier waren die Tage kurz vor dem Rückzuge zum Teil von harten Gefechten kleineren Umfangs erfüllt. Am 16. März hatten die Engländer bei Grevillers einen energischen Vorstoß gemacht, während sie noch am 14. — anscheinend ohne Ahnung von unseren Plänen — eifrig ihre Drahthindernisse verstärkt hatten. Die Spannung bei uns war riesengroß. Es ist ein Unterschied, ob ein Rückzug im feindlichen Sperrfeuer, verfolgt von einem numerisch überlegenen Gegner, oder ob er im Dunkel der Nacht ohne jede Belästigung vor sich geht. Aber auch hier gelang — begünstigt durch den Nebel — unser erster Sprung. Am Abend des 16. März begannen wir unseren Rückzug nach Bapaume hinein. Den ganzen Nachmittag noch hatte der Engländer Trillog bepflastert, da er an einen erneuten Vorstoß von uns glaubte. Bapaume, das noch in derselben Nacht von uns durchschritten wurde, brannte an allen Ecken. Längst waren alle wichtigen Gebäude niedergelegt. Kämpfe um Bapaume, von denen der Gegner berichtet, hat es, wie mir versichert wird, überhaupt nicht gegeben. Die Verluste unserer ganzen in diesem Raume kämpfenden Armee sollen an diesem Tage vier Mann betragen haben.

Auf dem südlichen Schenkel des von uns geräumten Winkels zwischen Noyon und Soissons ging es lebendiger her. Kavallerie- und Infanteriepatrouillen drängten hurtig nach. Auf dem waldigen Hügelgelände zwischen Aisne und Oise entspannen sich kleine Bewegungsgefechte, die manchmal noch kilometertief hinter den vorn streifenden französischen Spitzenreitern von uns ausgefochten wurden. Diese kleinen Scharmützel unserer Nachhuten erfüllten vollauf ihren Zweck. Unsere Batterien belästigten bis zum letzten Augenblick die nachrückende feindliche Infanterie. In den dichten Wäldern harrte ihrer noch manche Ueberraschung. Heute, am 21. März, meldet der französische Funkspruch, daß schlechten Wetters wegen und behindert durch die systematischen Zerstörungen der Deutschen der Vormarsch langsamer als bisher weiter geht. Von der präzisen Technik eines solchen Rückzuges mehrerer Armeen, von der zu leistenden Arbeit und den zu überwindenden Schwierigkeiten macht sich der Laie nur unzureichende Begriffe. Jeder Division, jedem Regiment, jeder Kompagnie, jeder Nachhutgruppe ist ihr genauer Rückweg vorgeschrieben. Jede Stauung, jede Kreuzung von Truppen muß vermieden werden. Das ganze Rückzugsgelände ist ein Spinnennetz von Wegen. Die Tage des Rückzugs sind buchstäblich in Minuten eingeteilt. Jeder weiß, wo er so und soviel Minuten nach O, d. h. nach dem streng geheim gehaltenen Anfangstermin des Rückzuges, zu stehen oder zu marschieren hat. — Wieviel Arbeit haben allein die Tausende von Einwohnern unseren Eisenbahnern gemacht, die aus der aufgegebenen Zone nach vorn transportiert und den Franzosen übergeben wurden. Greise, Frauen und Kinder — sie konnten in dem kalten Rückzugswetter nicht zu Fuß laufen. In die fieberhaften Rückzugsvorbereitungen der letzten Tage, wo das Schicksal ganzer Armeen an einer Stunde hing, drängten sich diese zeit- und materialfressenden Transporte beängstigend hinein.

Es schreibt und liest sich leicht, daß Dörfer, Kanäle, Baumreihen, Zitadellen, Brunnen und Wegekreuzungen vernichtet wurden. Aber Tausende von Händen und Stunden gehören dazu, dieses grausige Werk auszuführen, wie sein militärischer Sinn es will.

Endlich die Mechanik des Rückzugs selber. Hundert Meter gegenüber dem Feind — ohne schützendes Sperrfeuer — muß im letzten Augenblick alles vernichtet werden, was dem Gegner irgendwie von Nutzen sein kann. Alle Fernsprechleitungen müssen abgebaut sein, Unterstände und Maschinengewehrnester müssen zerstört werden, ohne daß der nahe Feind etwas merkt. Da sind in vorderster Linie vier gut ausgebaute Stollen einer Minenwerferkompagnie noch erhalten. Unter keinen Umständen soll der Feind sie bekommen. Alles, was an leicht beweglicher Artillerie noch hinten steht, eröffnet am 16. März um 8 Uhr abends ein plötzliches heftiges Feuer, und im Schutze dieses Höllenspektakels fliegen die Stollen — unhörbar für den Engländer — in die Luft. Aber auch auf Kleinigkeiten muß geachtet werden. Nirgends darf ein Briefumschlag, eine Tafel, eine Kreideaufschrift stehen bleiben, weder hier vorn, noch hinten in den Dörfern, die dem Feinde Nachricht über die Nummern der hier kämpfenden Verbände hinterlassen. Dann kommen die letzten Stunden. Spähpatrouillen müssen solange in den verlassenen Gräben bleiben und regelmäßig abgelöst werden, bis der erste Feind in den Graben nachstößt. Stundenlang haben einzelne Männer so in vorderster Linie allein gegenüber dem englischen Heere gehockt, während das Gros der Kameraden längst in Sicherheit war.

Gewiß: es war ein Rückzug. Aber der methodische Rückzug hat seine besondere Art von Tapferkeit. Hier und da sind kleine Patrouillen tollkühn wieder zurückgestoßen, um noch einen Unterstand zu sprengen oder vergessenes, wichtiges Material zu holen. Erst die kommenden Wochen werden diese Taten ans Licht bringen, auf denen das Gelingen des Rückzuges und damit das Schicksal des ganzen Westkrieges beruht.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Von der Kreuzerfahrt der Möwe.

Berlin, 26. März. Die Möwe hat ebenso wie auf ihrer vorherigen Streiffahrt so auch diesmal viel Bemerkenswertes erlebt. Ganz besonderes Vergnügen bereitete es der Mannschaft, gleich zu Beginn der Arbeit, mehrere Kohlenschiffe zu versenken, deren Ladung zur Versorgung der englischen Kreuzer bestimmt war, die im Begriffe standen, Jagd auf den deutschen Korsaren zu machen. Vorzügliche Dienste leistete der Möwe die Funkentelegraphie. Es gelang mit Hilfe der drahtlosen Anlage, alle die Warnungsrufe aufzufangen, die die jagdmachenden Kreuzer untereinander austauschten. Die Möwe war dadurch in der Lage, auf das genaueste über den Standpunkt der sie verfolgenden Schiffe sich zu orientieren. Derlei Warnungsrufe erfolgten häufig bis sechsmal täglich.

Ein besonders glücklicher Zufall ereignete sich am Silvesterabend. Die Mannschaft war gerade angetreten, um die Glückwünsche des Kommandanten entgegenzunehmen, als 5 Minuten vor 12 Uhr ein Telegramm eintraf, das die deutsche Admiralität der damals recht weit von Deutschland entfernten Möwe zusandte. Das Telegramm enthielt außer den Neujahrsglückwünschen die freudige Mitteilung, daß der englische Prisendampfer Yarrowdale in Swinemünde am gleichen Tage eingelaufen sei.

Ganz besonders bemerkenswert ist das schlechte Mannschaftsmaterial, das die Möwe auf den feindlichen Dampfern konstatieren mußte. Die Kapitäne waren durchgängig Greise, zum Teil schwer leidend, einer lungenleidend, ein anderer halb gelähmt. Die Mannschaften bestanden gleichfalls aus sehr alten oder sehr jungen Leuten, auch oft aus sehr kranken. Die Mannschaften sind in keiner Weise seemännisch ausgebildet, so daß sie vor dem Versenken ihres Schiffes nicht einmal verstanden, die Rettungsboote auszuschwingen. Das mußte die Möwemannschaft für sie besorgen. Dieses schlechte Mannschaftsmaterial ist kein Zufall, sondern ist auch eine Rückwirkung des U-Boot-Krieges, wie denn überhaupt alle Kapitäne, die die Möwe antraf, äußerst beeindruckt waren von den Wirkungen unserer Seesperre.

Die Behandlung der Gefangenen machte keine besondere Mühe, nur an einem Tage wurden die Gefangenen unruhig, als die Möwe in ein Gefecht mit dem bewaffneten Dampfer Otaki geriet. Der Dampfer hatte ein 12-Zentimeter-Geschütz an Bord und wehrte sich kräftig. Die Otaki ist ein ganz modernes sehr schnellaufendes Frachtschiff; trotzdem entging es seinem Schicksal nicht. Die Kapitäne der versenkten Dampfer, besonders einer unter ihnen, unterstützten den Grafen Dohna tatkräftig bei der Beruhigung der Gefangenen. Die Möwe konstatierte einen enormen Unterschied im Schiffsverkehr bei ihrer Ausfahrt und bei ihrer Einfahrt in den deutschen Heimathafen. Zu diesen beiden Daten gibt die Erklärung der deutsche U-Boot-Krieg, der ein fast völliges Verschwinden der neutralen Flagge vom Meere zur Folge gehabt hat.

über die Impfung erteilt. Die Pflichtimpfungen für Erst- und Wiederimpflinge finden unabhängig von den erwähnten freiwilligen Impfungen, wie auch in den Vorjahren, im Frühjahr statt.

Es sei nochmals nachträglich darauf hingewiesen, daß auch denjenigen Personen Gelegenheit gegeben wird, sich impfen zu lassen, die an den Werktagen verhindert sind, zu den bisher bekannt gegebenen Terminen zu erscheinen. Es werden fortab auch Sonntags in den städtischen Badeanstalten, Turmstr. 85a, Bärwaldstraße 64, und Oderberger, 57/59, Impftermine von 10—12 Uhr abgehalten.

Zu den öffentlichen Impfterminen in den Badeanstalten Oderberger Straße, Bärwaldstraße und Turmstraße sowie in den Gemeindeschulen Ostender Straße 39, Wilhelmstraße 117 und Albrechtstraße 20 sind künftig von den Impflingen Ausweise mitzubringen, welche die Ortsangehörigkeit bescheinigen (z. B. polizeiliche Anmeldung, gestempelte Bezugscheine, Steuerquittung und dergleichen).

Für die Angehörigen von taubstummen, schwerhörigen oder sprachgestörten Kindern im vorschulpflichtigen Alter hält Direktor Schorsch der Taubstummenschule in seinem Amtszimmer, Markusstr. 49, jeden Freitag von 11—1 Uhr eine pädagogische Sprechstunde ab.

In der Eisarena des Admiralspalastes wird seit einigen Tagen ein phantastisches Ballett „Abraladabra" vorgeführt, über das man schlechterdings nur Rühmendes sagen kann. Als Vorwand für das Spiel auf dem Eise dient ein Märchen: Es ist Jahrmarktstrubel im Städtchen. Dem Schwarzkünstler, dessen Namen das Ballett trägt, stehlen zwei Landstreicher den Zauberstab und verwandeln sich in König und Kanzler. Im zweiten Bilde gibt es demzufolge ein großes Hoffest, dessen Glanzpunkt das Treiben von Amor und Psyche und eines Faun im Mondschein bildet. Man mag über Tanzballetts so hoch denken wie man will, vor dem Eisballett müssen sie weit zurücktreten: Nichts mehr von Erdenschwere, Kraft und Schwung der Linien scheinen unbegrenzt. Amor (Klein-Dora) scheint wirklich zu fliegen; und ohne den Gleitstahl unterm Bocksfuß vermöchte der Faun (der Meisterläufer Kreckow) entfernt nicht so toll zu springen. Die zahlreichen geschulten Balletkräfte treten in Prunkgewändern auf, die an Einheitlichkeit der Stilisierung und künstlerischem Geschmack kaum zu überbieten sind. Die Beleuchtungskunst zaubert Farbenwunder in das harmonische Spiel, zu dem Eindödshofer eine auf der Höhe des Ganzen stehende Musik geliefert hat. — Vor „Abraladabra" wird neben anderen bedeutenden sportlichen Leistungen der Solo- und Korpskräfte das Schlittschuhballett aus Meyerbeers „Prophet" vorgeführt, das der Komponist für den Eislauf eigens geschrieben hat, ohne daß die Opernhäuser es begreiflicherweise zur Schau bringen können.

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich auf der Kleinbahn Spandau—Bötzow ereignet. An der Stelle, wo die Bahn die Pionierstraße überquert, stieß gegen 9 Uhr abends eine vom Bötzower Bahnhof in Spandau abgelassene Lokomotive mit einem aus vier Gespannen bestehenden Wagenzug zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Führer des ersten Wagens, ein Soldat Wilhelm Müller, und die beiden Pferde auf der Stelle getötet wurden. Sechs Begleiter des Wagenzuges wurden zur Erde geschleudert und erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. — Auf dieser Kleinbahn haben sich schon wiederholt Unfälle ereignet, was darauf zurückzuführen ist, daß die mehrfachen Straßenüberführungen nicht durch Schranken gesichert und auch sonst recht unübersichtlich sind.

Das fremde Mädchen aus Kottbus. Die 27 Jahre alte frühere Dienstmagd Anna Markowski, die schon wiederholt bestraft ist, mietete im Norden der Stadt, besonders in der Stralsunder, Bad- und Brunnenstraße, Schlafstellen. Sie tat immer sehr erschöpft und klagte, daß es ihr in der letzten Zeit schlecht gegangen sei. Jetzt freue sie sich, daß sie wieder Arbeit gefunden habe. Ihre Reise von Kottbus nach Berlin habe jedoch gleich wieder mit einem Mißgeschick geendet. Ihre Eltern auf dem Lande, bei denen sie eine Zeitlang gewesen, hätten ihr allerlei Lebensmittel mitgegeben, nun sei ihr der Koffer auf dem Bahnhof gestohlen. Die Bemerkung von den Eltern und den Lebensmitteln auf dem Lande genügten, der Mieterin die freundlichste Aufnahme zu sichern. Die Wirtinnen ließen bald durchblicken, daß sie auch gern einmal etwas vom Lande hätten. Die Mieterin meinte dann, weil sie doch noch einmal nach Hause müsse, um die gestohlenen Kleider zu ersetzen, so könne sie auch gleich hinfahren und dieses und jenes mitbringen. Gut wäre es aber, wenn eines der Kinder der Wirtin mitführe, ihr tragen helfe, und mit aufpasse, daß sie nicht wieder bestohlen werde. So gaben denn die Vermieterinnen gern einen Vorschuß und schickten einen Sohn oder eine Tochter mit. In aller Frühe des nächsten Morgens machte sich die Mieterin auf den Weg. Auf dem Schlesischen Bahnhof nahm sie rasch noch der Begleitung das „Geld für die Fahrkarten" ab und dann verschwand sie. Die Wirtin entdeckte dann hinterher, daß sie die Dunkelheit und die Eile auch noch benutzt hatte, um sie zu bestehlen. Am Sonnabend sah eine Bestohlene in der Anklamer Straße die Schwindlerin und nahm sie fest.

Der Schatz im Bett. In dem Hause Steinstr. Nr. 16 wohnte bei seiner Geliebten Manschel ein alter Einbrecher August Loof. Kriminalbeamten fiel es auf, daß er in der letzten Zeit sehr fein gekleidet ging und mit seiner Geliebten gern Wirtschaften besuchte. Als sie Sonnabend einen überraschenden Besuch machten, schliefen beide noch und die Dame wollte durchaus nicht aufstehen. Nachdem sie sich endlich doch erhoben und angekleidet hatte, durchsuchten die Beamten ihr Bett und fanden darin 4000 M. bares Geld. Loof und seine Geliebte taten sehr erstaunt und wollten gar nicht wissen, wie dieser Schatz in das Bett hinein gekommen sei. Auf dem Boden fanden dann die Beamten unter Lumpen versteckt eine größere Anzahl Brotkarten, die zu einer bei der Brotkartenkommission in der Schloßstraße zu Steglitz gestohlenen Reihe gehören. Außerdem allerhand Einbruchwerkzeuge. Jetzt weiß man, wo die 4000 M. herkommen. Der Brotkartenhandel war sehr lohnend gewesen.

Unglück oder Selbstmord? Einen aufregenden Vorgang gab es in der Nacht zu Montag auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Als dort um 11 Uhr 20 Minuten ein Stadtbahnzug einlief, geriet plötzlich ein Mann von dem hohen Bahnsteig auf die Schienen. Bevor der Lokomotivführer den Zug zum Stehen bringen konnte, lag der Mann schon unter den Rädern, die ihm den Kopf glatt abdrückten und Arme und Beine zermalmten. Der Verunglückte ist ein 19 Jahre alter Arbeiter August L. aus der Achenbachstraße 13 zu Spandau, der im Felde gestanden hat und eine Verstümmelung der rechten Hand davontrug. Die Zugbeamten hatten den Eindruck, daß er sich in selbstmörderischer Absicht auf das Gleis geworfen habe. Seine Mutter jedoch glaubt an ein Unglück. Ihr Sohn habe die Woche 70—80 M. verdient und zu einem Selbstmord gar keine Veranlassung gehabt. Er sei aber infolge der Verwundung etwas unsicher geworden und wahrscheinlich in der Hast und im Gedränge vom Bahnsteig gefallen.

Ein Opfer ihres Berufs wurde Montag früh um 7 Uhr auf dem Bahnhof Bellevue die 27jährige Aushilfsblockwärterin Else Ruck aus der Dennewitzstraße 16. Als sie im Begriff war, das Ferngleise zu überschreiten, wurde sie von einem D-Zug überfahren. Sie war auf der Stelle tot.

Schließung eines Cafés. Durch die Schöneberger Kriminalpolizei ist das Café Speyer an der Ecke der Speyerer Straße und der Martin-Luther-Straße geschlossen. Bei der Behörde waren Anzeigen eingelaufen, nach denen in dem genannten Lokal nächtliche Gelage gefeiert wurden. Sofort angestellte Beobachtungen und Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptung. In dem Café, das innen nicht erhellt war, sondern lediglich durch die Straßenlampen notdürftig beleuchtet wurde, fanden sich allabendlich junge Leute und Mädchen zusammen, die die Nacht durchzechten. Eingang fanden die Besucher bei Benutzung einer geheimen Glocke. In der Nacht zum Sonntag wurde das Lokal von Kriminalbeamten umstellt. Die eindringenden Polizisten fanden in den dunklen Räumen etwa 50 bis 60 Personen an, die in reichem Maße dem Weine zugesprochen hatten. Die Gäste flüchteten sich beim Erscheinen der Beamten in alle nur möglichen Verstecke; sie wurden sämtlich hervorgeholt, eine Dame sogar aus dem Bett des Inhabers. Alle Anwesenden mußten sich die Feststellung ihrer Personalien gefallen lassen, wurden aber auf freiem Fuße belassen. In der Mehrzahl befanden sich unter den Besuchern junge Türken, Amerikaner, auch einige Rumänen usw. Gegen den Inhaber des Cafés ist Anzeige erstattet worden.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelnachrichten aus Charlottenburg. In der Woche vom 26. März bis 1. April gelangen zur Ausgabe: Kartoffeln 3 Pfund oder, falls solche nicht erhältlich, 600 Gramm Gebäck auf die entsprechenden Abschnitte 48a, b und c der Kartoffelkarte. Außerdem gibt es 4 Pfund Kohlrüben. Von der roten Nahrungsmittelkarte werden eingelöst die Abschnitte 50 mit einem Bückling oder Räucherwaren im Gewicht von 100 Gramm, Abschnitt 53 mit ½ Pfund Kriegsmus, 54 mit ¼ Pfund Haferflocken oder Grütze. Auf Abschnitt 57 werden vom 29. März bis 7. April je ½ Pfund Grütze bezw. Graupen geliefert. Auf Abschnitt 58 wird wieder ½ Pfund Kriegsmus vom 29. März bis 7. April geliefert. Auf Abschnitt 59 gibt es vom 29 März ab je ½ Pfund Sauerkraut, der nach dem jeweils zur Verfügung stehenden Vorrat abgegeben wird, bis sämtliche Bewohner davon erhalten haben. Auf Abschnitt 60 gibt es 200 Gramm Mehl. Schließlich gibt es 1 Ei auf Abschnitt 16 der Eierkarte zum Preise von 28 Pf.

Lebensmittelverteilung in Neukölln. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß in dieser Woche im ganzen nur drei Waggons Kartoffeln eingegangen sind, welche nur zur Befriedigung der Volksküchen ausreichen. Infolgedessen müssen in nächster Woche wiederum 600 Gramm Gebäck und 200 Gramm Mehl in der bisherigen Weise verabfolgt werden. Falls Anlieferung von Kartoffeln im Laufe dieser Woche erfolgen sollten, so ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Kartoffeln für die Belieferung in der nächstfolgenden Woche bestimmt sind.

Sämtliche Kaufleute, bei welchen eine Zuckerkundenliste aufgelegt ist, sind von dem Großverteiler mit Zucker für den Monat März beliefert worden sind, so daß die Einlösung der Zuckerkartenabschnitte 8—10 für sämtliche Zuckerkarteninhaber gewährleistet ist. Der Zucker für den Monat April ist ebenfalls schon angeliefert. Ferner wird in der nächsten Woche mit dem Verkauf von Pudding- und Saucenpulver durch die städtischen Verkaufsstellen begonnen werden. Es erhalten die Haushaltungen bis zu vier Personen einschließlich ein Päckchen Puddingpulver, die Haushaltungen mit mehr Personen zwei Päckchen Puddingpulver und ein Pack Saucenpulver. Der Verkauf wird auf zwei Wochen verteilt, und zwar werden zunächst die Haushaltungen mit einer Person, dann die mit zwei Personen usw. berücksichtigt. Ein halbes Pfund Kaffee-Ersatz und ein viertel Pfund Beizengrieß pro Kopf werden vom Donnerstag ab auf einen Abschnitt der Lebensmittelkarte in den Geschäften, wo die Einwohner in die Kundenliste eingetragen sind, abgegeben.

Unentgeltliche Schutzpockenimpfung in Neukölln. Der Magistrat hat beschlossen, an jedem Montag, Mittwoch und Freitag in der Zeit von 1½ bis 3 Uhr nachmittags unentgeltliche Impfungen stattfinden zu lassen. Das Stadtgebiet ist zu diesem Zwecke in die Bezirke A und B eingeteilt. Der Bezirk A umfaßt den Ortsteil rechts der Berliner und Bergstraße, vom Ringbahnhof aus gesehen, der Bezirk B den links davon gelegenen. Die Impfungen erfolgen: 1. für Einwohner des Bezirks A für weibliche Personen in der Mädchen-Mittelschule, Donaustr. 126, für männliche Personen in der Unfallstation, Steinmetzstr. 6; 2. für Einwohner des Bezirks B für weibliche Personen in der Gemeindeschule Boddinstr. 52/53, für männliche Personen in der Rettungswache, Kirchhofstr. 20/26. Die Impflinge müssen sich als Neuköllner Einwohner ausweisen; geeignete Papiere (Polizeiliche Anmeldung, Steuerkarte, Kriegsunterstützungskarte usw.) sind daher mitzubringen. Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts von 1—16 Jahren werden in diesen Terminen nicht geimpft.

Haferflocken für ältere Leute in Schöneberg. Der Magistrat gewährt jedem Einwohner, der das 60. Lebensjahr überschritten hat, monatlich 1 Pfund Haferflocken. Die Ausgabe der Bezugscheine erfolgt am 27. März bis einschließlich 2. April durch die Brotkommissionen.

Lebensmittelversorgung in Treptow.

In der laufenden Woche werden auf Abschnitt 17 der neuen (grünen) Lebensmittelbezugskarte 200 Gramm Mehl verteilt nach der Kundenliste. Die Voranmeldung muß am 25., 26. und 27. März erfolgen. Auf die Mehlabschnitte der Brotkarte darf Mehl nicht verabfolgt werden. Wer auf Abschnitt 8 bisher Mehl nicht erhalten hat, kann dies bis 28. März noch abheben.

Auf die Kartoffelkarte werden 3 Pfund Kartoffeln oder vom Donnerstag, den 29. März, ab je 100 Gramm Gebäck verabfolgt, auf die vier nicht schraffierten Abschnitte 2 Pfund Kohlrüben.

Auf Abschnitt 18 der grünen Lebensmittelbezugkarte wird im ganzen Ort ¼ Pfund Graupen verteilt, pro Pfund 30 Pf. Die Voranmeldung muß am 25., 26. und 27. März erfolgen.

Vom 25. März ab für den ganzen Ort auf Abschnitt 10 ein Ei pro Person für 28 Pf.

In den Bürgerküchen: Wildenbruchstr. 53, Baumschulenstraße 79/80 wird Essen zum Preise von 40 Pf. pro Portion ausgegeben.

Die Vormeldung muß in beiden Küchen am Freitag jeder Woche von 3 bis 6 Uhr nachmittags erfolgen. Abgetrennt werden für ein ganzes Gericht von der Kartoffelkarte 4 Felder, von der Fleischkarte 5 Felder. Die Küchen erteilen Bezugskarten für die Dauer einer Woche. Für verloren gegangene Karten wird kein Ersatz gewährt. Die Kassenscheine gelten nur an dem Tage der Ausgabe.

Pankower Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche werden auf die Hauptkarte drei Pfund Kartoffeln, auf die Zusatzkarte zwei Pfund abgegeben. — Auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte können zum Zwecke besserer Versorgung für die nächsten Monate je zehn Pfund Kohlrüben entnommen werden. — Gegen Abtrennung des Quittungsabschnittes 3 der Lebensmittelkarte gelangen je 250 Gramm Graupen zum Preise von 15 Pf. zur Ausgabe. — Für die Aufstellung der neuen Zuckerkundenliste muß die Neuanmeldung für den Zuckerbezug bis zum 28. d. Mts. bei den Verkäufern erfolgt sein.

Die Reinickendorfer Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung auf Antrag der Kriegskommission, daß bei Berechnung der den Familien der Kriegsteilnehmer zu gewährenden Mietsunterstützung der Arbeitsverdienst der Ehefrau des Eingezogenen nur dann in Anrechnung gebracht werden soll, wenn er 100 Mark im Monat übersteigt. In geeigneten Fällen soll die mit der Entscheidung betraute Unterkommission das Recht haben, auch den 100 M. übersteigenden Arbeitsverdienst ganz oder teilweise außer Ansatz zu lassen. Auch der Verdienst der Zimmervermieterinnen ist bei Berechnung des Mietseinkommens frei zu stellen. Auf Antrag der Schulkommission wird der Rektor der 1. Gemeindeschule zur Teilnahme an einem während der Osterferien in Stettin stattfindenden Lehrkursus „Die Lichtspielbühne im Dienste der Schul- und Volksbildung" delegiert. Die den Beamten, Lehrern und Gemeindearbeitern gewährten Teuerungszulagen sollen auch über den 1. April hinaus gewährt werden, doch soll die betreffende Vorlage der Gemeindevertretung unterbreitet werden.

Lebensmittelnachrichten aus Weißensee. In der laufenden Woche gibt es 2 Pfund Kartoffeln und 6 Pfund Kohlrüben, jedoch ist die Kartoffellieferung erst Ende der Woche zu erwarten. Ferner wird nochmals eine Mehlzulage von 200 Gramm gewährt. Die Abgabe des Roggenmehls erfolgt in den Mehlkleinhandlungen gegen Abgabe des Mittelstückes der Brotkarte. Auf den Abschnitt 48i der Kartoffelkarte wird ½ Pfund Graupen oder Grütze und auf Abschnitt 48k ½ Pfund Puddingpulver verabfolgt. Die Entnahme kann in dem Kolonialwarengeschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Kartoffelkarte am 17. März Graupen oder Auffrischmittel erhalten hat. ½ Pfund Graupen oder Grütze kostet 15 Pf., ½ Pfund Puddingpulver 83 Pf. In den Verkaufsstellen Berliner Allee 89 und Pistoriusstr. 24 können auf jede Brotkarte ½ Pfund Kaffeemischung zum Preise von 90 Pf., und ½ Pfund Muschelfleisch zum Preise von 60 Pf. sowie auf je 5 Brotkarten eine Dose Brotaufstrich zum Preise von 1,75 M. entnommen werden.

Lebensmittelverteilung in Niederschönhausen. Auch in dieser Woche können auf Brotkartenmittelstücke 200 Gramm Mehl entnommen werden, während die Kohlrübenmenge auf 4 Pfund herabgesetzt ist. Kartoffeln gibt es 3 Pfund.

Lebensmittelversorgung in Friedrichsfelde. Auf die Haushaltungskarte erhält jeder in dem Geschäft, wo er in die Zuckerkundenliste eingetragen ist, pro Kopf ½ Pfund Graupen. Vom 10. April ab werden neue Zuckerkundenlisten bei den Kleinhändlern aufgelegt. Die Haushaltungen und Einzelpersonen müssen bis zum 7. April die Eintragung bewirken. Die nachdem eingehenden Anmeldungen können bei der nächsten Zuckerverteilung nicht mehr berücksichtigt werden, da die Listen von den Kaufleuten am 10. April abgeliefert werden müssen.

Die Gemeindevertretung von Britz setzte in ihrer Sitzung am Freitag den neuen Haushaltsplan fest, wobei die jetzigen Steuersätze beibehalten werden, auch der Zuschlag zur Einkommensteuer bleibt mit 170 Proz. Dagegen beschloß die Gemeindevertretung, den Gaspreis wie in anderen Gemeinden vom 1. April ab von 14 auf 16 Pf. zu erhöhen. Ferner stimmte sie dem Erlaß einer besonderen Gemeindegewerbesteuer für diejenigen Gewerbebetriebe zu, die ihren Sitz auswärts haben. Für Kriegswirtschaftszwecke wurde die Aufnahme eines Darlehns von 1 Million Mark bewilligt. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Gemeindevorordnete Kitzing (Soz.) als Mitglied der Schuldeputation bestätigt worden ist.

Das Gewerkschaftskartell in Nowawes beschloß die Absendung einer Eingabe an den Landrat des Kreises Teltow, in der unter Hinweis auf die Beschäftigung des größten Teils der Arbeiterschaft in der Rüstungsindustrie, auf die zunehmende Ueberarbeit der Jugendlichen und die hohe Kindersterblichkeit am Orte um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dringend ersucht wird.

190 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer in Nowawes. In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit dem neuen Haushaltsvoranschlag, der in Einnahme und Ausgabe mit 1 505 000 M. abschließt gegen 1 470 500 M. im Vorjahr. Die Einkommensteuer, die einen Ausfall von 43 000 M. erlitt, hat sich wieder erheblich günstiger gestaltet und weist mit insgesamt 859 400 M. eine Steigerung von 28 300 M. gegen das Vorjahr ab. Mit Rücksicht hierauf wurde denn auch der Staatssteuerzuschlag mit 190 Proz. belassen. Genosse Ockner trat für Einführung der Schulspeisung ein, da viele Kinder, deren Mütter arbeiten müssen, erst um 1 Uhr die Schule verlassen und nach Schluß der Kriegsküche kein Essen mehr erhalten können. Weiter wandte er sich gegen die Bestrebungen, den Unterricht an der Fortbildungsschule einzuschränken, um die jugendlichen Arbeitskräfte noch mehr auszunutzen. Auch gegen die Einführung des Religionsunterrichts müßte sich die Verwaltung der Fortbildungsschule energisch zur Wehr setzen. Sehr notwendig sei die Schaffung einer unter Aufsicht stehenden Aufenthaltsstätte für Kinder arbeitender Mütter. Mit der Armenfürsorge müsse Hand in Hand eine Fürsorge für die Kriegsbeschädigten gehen, und zwar vielleicht durch Einrichtung eines Arbeitsamtes, das auch die Fragen der Arbeitsversorgung und Arbeitsmöglichkeit lösen könnte.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Steglitz: Mittwoch, den 28. März, abends 6 Uhr.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zweiter Wahlkreis, 8. Abteilung (Süden). Alle Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der Parteieinheit stehen und weiter Mitglieder der Gesamtpartei bleiben wollen, ersuche ich, an einer wichtigen Besprechung, die am Mittwoch, den 28. März, abends 8 Uhr, im Lokal von W. Welke, Hasenheide 54, stattfindet, teilzunehmen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Heinrich Königs, Hasenheide 56.

Pankow-Schönhausen-Buchholz. Am Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr, findet in Pankow, Restaurant „Zur Hütte", Breitestr. 16, eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Redakteur Emil Dittmer über: „Balkan, Land und Leute" spricht. — Alle Parteigenossen, welche auch weiterhin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören wollen, sind hierzu freundlichst eingeladen, auch werden dort Neuanmeldungen entgegengenommen.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Donnerstag, 29. März, abends 8 Uhr, findet bei Steuer, Frankfurter Allee 289, Hof, eine Versammlung statt, in welcher Kreisvorsitzender Genosse Hermann Müller über: „Kriegswirkungen in der Sozialdemokratie" und Stadtv. Genosse Wirus über: „Die Lebensmittelfragen in Lichtenberg" referieren werden. Alle Genossen, Männer und Frauen, die zur Gesamtpartei stehen, sind freundlichst eingeladen.

Der Bezirksvorstand.

Aus Industrie und Handel.

Die ausländischen Zahlungsmittel, die auf holländische, dänische, norwegische und schweizerische Währung lauten, sind leider wieder um 0,5 bis 1 M. für jedes Hundert ausländische Währung im Preise gestiegen. Sogar das türkische Pfund, das an sich schon überwertet ist, konnte um 10 Pf. anziehen. Bekanntlich erklärt sich die Verwertung des türkischen Pfundes daraus, daß Deutschland in der Türkei alles bar bezahlt, während die Türken in der angenehmen Lage sind, in Deutschland alles auf Kredit zu erhalten, wodurch sich ein Angebot des türkischen Pfundes erübrigt. Gegenwärtig werden in Mark geboten für

			im Frieden
New York	1 Dollar	5,52	4,20 M.
Holland	100 Gulden	242¾	169,00 „
Dänemark	100 Kronen	167½	112,50 „
Schweden	100 Kronen	178¾	
Norwegen	100 Kronen	166¼	
Schweiz	100 Frank	120⅞	80,00 „
Wien, Budapest	100 Kronen	64,20	85,00 „
Bulgarien	100 Lewa	79⅝	nicht notiert
Konstantinopel	100 Piaster	20,60	
Madrid, Barcelona	100 Pes.	125⅛	81,00 „

Der Griff auf die ausländischen Wertpapiere.

Die jetzt amtlich mitgeteilte Verordnung über ausländische Wertpapiere sieht die erwähnte Enteignung nur für den Notfall vor und besagt es anfonsten dabei, daß die Wertpapiere freihweise an das Reich übertragen werden. Dabei wird als Vergütung ein Fünftel des Zins- oder Gewinnerträgnisses, mindestens aber 1 Pro-

zent des nach dem Friedenskurse der Mark berechneten Nennwertes gegeben. Diese Vergütung ist **viel zu hoch**. Selbstverständlich wird Auskunftspflicht eingeführt und bestimmt, daß inländische Besitzer diese Papiere nach dem Auslande **nur durch Vermittelung einer Bank** verkaufen dürfen.

Die Verordnung hat den Zweck, die Aufnahme von Anleihen im Auslande dadurch zu erleichtern, daß dem ausländischen Geldgeber ausländische Papiere als Unterpfand angeboten werden. Aus den so entstandenen Guthaben wird die deutsche Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln befriedigt. Auf diese Weise soll verhütet werden, daß die Mark im Auslande angeboten wird und ausländische Zahlungsmittel im Kurse gesteigert werden. **Sehr bedauerlich** ist, daß sich Reichsbank und Reichsschatzamt **erst so spät** zu dieser in England längst mit Erfolg eingeführten Maßregel entschlossen haben.

Indische Baumwollzölle und Ministerkrise.

Das **englische Ministerium** hat in eine **Erhöhung der indischen Baumwollzölle eingewilligt** und damit einen lang umstrittenen Streitapfel zwischen die Parteien geworfen. **Indien** hat zwar seit langer Zeit Zölle auf Baumwollwaren, aber gleichzeitig ist seine Baumwolltuchproduktion mit einer ebenso hohen Produktionssteuer belastet, so daß der Zoll nur fiskalischen Zwecken dient, nicht aber schutzzöllnerisch wirkt. Einen Schutzzoll aber wünschen sich die Inder, die die sich rasch entwickelnde Baumwollerzeugung ihres Landes als Grundlage einer industriellen Entwickelung im eigenen Lande verwenden wollen. Umgekehrt haben Manchester und Lancashire als Sitz der riesigen englischen Baumwollindustrie das lebhafteste Bestreben, den Freihandel in Indien zu erhalten, um gegenüber der billigen Arbeit indischer Kulis auch in gröberen Geweben wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Beobachtung ist sehr interessant, daß hier **der englische Freihandel als Mittel dient, die Entwickelung Indiens zu hemmen**. Die Engländer sind Freihändler und verlangen auch von den Indiern, Freihändler zu sein, obwohl Indien ganz entschieden schutzzöllnerische Bedürfnisse hat.

Dadurch, daß die englische Regierung den Indiern eine Erhöhung der Baumwollzölle ohne Erhöhung der Textilproduktionssteuer gestattet, verwandelt sich der indische Zoll auf Baumwollwaren aus einem **Fiskal-** in einen **Schutzzoll**. Damit ist die wirtschaftliche Selbständigkeit Indiens in einem wichtigen Teile anerkannt, seiner Ausbeutung durch England eine Schranke gezogen.

Alle Abgeordneten von Lancashire, ohne Unterschied der Parteistellung, haben geschlossen Einspruch gegen die Gefährdung der Ausbeutung Indiens durch die englische Baumwollindustrie erhoben. Und was für die politischen Auffassungen der englischen Arbeiter höchst kennzeichnend ist, auch die **englischen Baumwollarbeiter** wollen an dem Monopol der Ausbeutung Indiens nicht rütteln lassen und haben — im Namen des Freihandels — eine Abordnung zu Austin Chamberlain geschickt, der aber eine glatte Absage erteilte und an der Absage der Regierung festhielt.

Liberale und Arbeiterführer streiten zwar — ein interessanter Fall — für den Freihandel, aber sie kämpfen nicht für die Zukunft. Der Freihandel Indiens ist der Freihandel schlechtester Sorte, weil er erzwungen ist und den Interessen des mit ihm beglückten Landes widerspricht. Mehr noch, er widerspricht den Lebensforderungen des Größeren Britanniens, das Indien über kurz oder lang als vollberechtigtes, in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen freies Glied des ganzen Reiches gelten lassen muß, nicht mehr als bloße Kolonie ausbeuten darf.

•

Indiens Leistungen für England.

Der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, brachte einen Antrag ein, die kürzlich von Indien gegebenen 100 Millionen Pfund anzunehmen. Er erinnerte dabei an die militärischen Dienste der indischen Truppen in Frankreich, Aegypten, am Suezkanal, in Ostafrika und Mesopotamien und sagte, die Gesamtsumme der britisch-indischen Streitkräfte, die aktiven Dienst genommen hätten, betrage 800 000 gegenüber einer Heeresstärke vor dem Kriege von 231 000 Mann. Er betonte dann die unvergleichliche Freigebigkeit der indischen Fürsten, die Flugzeuge, Kriegsmaterial, Ambulanzen und Geld zur Unterstützung Notleidender gegeben hätten. Die Erzeugung Indiens in Handwaffen sei auf das zwanzigfache, die in Feldartillerie und Munition auf das zwölffache gestiegen.

Glänzender Geschäftsgang in der Papierindustrie.

Dem „Börsen-Courier" wird geschrieben, daß der Verband deutscher Druckpapierfabriken sicher mit Preiserhöhungen, wenn auch „bescheidenen Umfanges" für das zweite Jahresviertel rechnet. Die Konjunktur ist so gut, daß Papierfabriken neue Aufträge ablehnen, weil sie die alten erst aufarbeiten wollen. Die Knappheit an Papierhölzern ist so groß, daß die Preise keine Rolle mehr spielen. Die Knappheit an Dünndrucken und Holzpapieren für Werke, Kataloge und Buchdruck erklärt sich besonders daraus, daß sich moderne Papierfabriken auf die Spinnpapierherstellung eingerichtet haben.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein verteilt in diesem Jahre 6 Proz. Dividende gegen 5 Proz. in den beiden Vorjahren. Die Aktien der Bank befinden sich bekanntlich seit Sommer 1914 zur Gänze im Besitze der Direktion der Diskonto-Gesellschaft. Der A. Schaaffhausensche Bankverein mußte sich mit der Diskonto-Gesellschaft verschmelzen, weil er durch alte, unrealisierbare Engagements belastet war. Die Kriegskonjunktur ist ihm sehr zu Hilfe gekommen, er hat seinen alten, früher zum Teil unverkäuflichen Besitz an Erz- und Kohlenfeldern abstoßen können. Der Reingewinn ist von 5,2 auf 6,7 Millionen Mark gestiegen, aber nicht weil, wie bei anderen Banken, das Provisionen- und Zinsenkonto wesentlich mehr ergeben hätte, sondern lediglich deswegen, weil gegen das Vorjahr kein Verlust auf Effekten (im Vorjahr 0,79 Millionen Mark) und kein Verlust aus Veruntreuungen (im Vorjahre 1,3 Millionen) zu verbuchen war. Die Bilanz zeigt die bei den anderen Banken beobachtete Tendenz zur Vermehrung der Einlagen im Passivgeschäfte und zu erhöhter Anlage der Gelder in Schatzwechseln und Vorschüssen auf Kriegsanleihe im Aktivgeschäft.

Gerichtszeitung.

3000 Mark Strafe für zu leichte Brote. Brote, die nach den für Charlottenburg geltenden Vorschriften ein Verkaufsgewicht von 1000 Gramm haben sollten und aus der Bäckerei von Frau Bachmann stammten, waren vielfach zu leicht befunden worden. Die Käufer hatten sie nachwiegen lassen und Mindergewichte von 100 bis 200 Gramm festgestellt. Ein Polizeibeamter wog 37 Brote nach und alle waren zu leicht. Das Minderwicht schwankte zwischen 80 und 165 Gramm. — In den beiden Filialen und dem Hauptgeschäft wurden die zu leichten Brote gleichwohl zu den festgesetzten Höchstpreisen verkauft. Das **Landgericht** verurteilte Frau Bachmann zu 3000 M. Geldstrafe. Es erachtete für erwiesen, daß in dem Betriebe aus Gewinnsucht ganz systematisch Brot mit Mindergewicht hergestellt und zum Verkauf gebracht worden sei. Eigentlich hätte, so wurde ausgeführt, auf Gefängnis erkannt werden müssen. Wenn das Gericht es bei einer Geldstrafe bewenden lasse, so nur deshalb, weil die Frau noch nicht vorbestraft sei und wahrscheinlich unter dem Einfluß ihres Schwiegersohnes und Werkmeisters gehandelt habe. Das **Kammergericht** verwarf die von der Frau eingelegte Revision als unbegründet.

Hamster unter dem Verkaufspersonal. Wie es jetzt in der Lebensmittelbranche zugeht, zeigte eine Verhandlung vor dem **Dresdener Kaufmannsgericht**. Zwei Verkäuferinnen eines Kolonialwarengeschäfts klagten wegen plötzlicher Entlassung auf Gehaltsentschädigung. Der Firmeninhaber hatte bei einer unvermuteten Revision festgestellt, daß die verschiedenen Waren, Seife, Zigarren, Wein, Konserven, in allen möglichen Verstecken, nur nicht an ihren regulären Plätzen sich befanden. Die Kunden mußten sich vielfach mit dem Bescheid, es sei ausverkauft, begnügen, während die Waren an gute Bekannte und Verwandte verkauft wurden. Unter solchen Umständen glaubte der Firmeninhaber zur sofortigen Entlassung berechtigt zu sein. Eine behördliche Untersuchung hätte sicher zu seiner Bestrafung geführt. Schließlich aber mußte er doch noch auf einen Vergleich eingehen, der den Klägerinnen einen kleinen Teil ihrer Forderungen einbrachte.

Die Kohlennot spiegelt sich vielfach in Prozessen wieder, die gegenwärtig fast täglich wegen Kriegswuchers mit Preßkohlen gegen zahlreiche Kohlenhändler im Moabiter Kriminalgericht stattfinden. Für die Ausbeutung des frierenden Publikums erhielt Donnerstag einer dieser Leute, der Kohlenhändler **Hermann Hase**, vom Schöffengericht Berlin-Mitte eine ganz empfindliche Strafe zudiktiert. Derartige Wuchereien fanden bekanntlich meistens auf den Güterbahnhöfen statt, wohin die Käufer täglich in Scharen wanderten, um gleich an den Loren ein paar Preßkohlen zu ergattern, da in den Geschäften wegen der Transportschwierigkeiten nichts zu haben war. Auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee hatte nun ein Schutzmann festgestellt, daß der Angeklagte statt des vorgeschriebenen Höchstpreises von 1,25 M. für 100 Stück 1,50 M. von den sich drängenden Käufern forderte. Auf seine Verwarnung erklärte zwar Hase, daß er sich jetzt nach dem Höchstpreise richten werde, um dann ruhig von neuem mehr zu fordern. Die wiederholte Verwarnung hatte jetzt nur den Erfolg, daß der Angeklagte schroff erwiderte: „Ach was, ich verkaufe nicht zu den Preisen, das fällt mir gar nicht ein" und unbeirrt nicht nur 1,50 M., sondern sogar 1,80 M. forderte und statt 100 Kohlen nur 96 Stück Preßkohlen verabfolgte. Erst die Sistierung des Angeklagten machte seinem Treiben ein Ende. Mit Rücksicht auf die ganzen Umstände beantragte der Amtsanwalt 4 Wochen Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Wenn das Gericht noch nicht ganz so hoch ging, so sah es doch, wie der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Graf Schulenburg betonte, die Hartnäckigkeit, mit der der Angeklagte das Publikum auszubeuten gesucht habe, als derart verwerflich an, daß es auf **1 Woche Gefängnis** und 300 **Mark Geldstrafe** erkannte.

Bestechungsversuch. Die Strafkammer **Bremen** verhandelte Freitag gegen den **Freiherrn Alfred v. Reichenbach**, Direktor der Lackfabrik **Warnecke u. Böhm in Berlin**. Der Angeklagte hatte versucht, einen Werkmeister der Hansa-Lloyd Automobilwerke in Bremen zu bestechen. Er ließ sich den Werkmeister durch einen Meister einer anderen Firma zuführen, versprach ihm nach einem Zechgelage im Bremer Ratskeller einen festen Prozentsatz von den Lieferungen an die Automobilfabrik und gab ihm sofort 300 M. Der Werkmeister meldete indes den Vorfall seiner Firma und lieferte auch sogleich das Geld ab. Das Urteil lautete gegen Direktor v. Reichenbach auf 3000 M. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre**, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den **Briefkasten** bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

— **M. Schröder.** 1. Ja, senden Sie den Brief an das Internationale Friedensbureau in Bern. Sämtliche Briefe nach dem Auslande müssen aber offen verschickt werden. 2. Im Adreßbuch 2. Band, Teil 4, Seite 16* sind solche Firmen verzeichnet, allerdings nicht die von Ihnen bezeichnete Firma. — **B. M. 99.** Sie sind zur Weiterzahlung der Alimente verpflichtet. — **G. G. I.** 1. Das bezieht sich auf die kriegswirtschaftlichen Betriebe. 2. Ja. 3. Ja. Sie müßten sich deswegen an den Kriegsausschuß, Schlegelstr. 2, wenden. — **R. H 1917.** 1. Ja. 2. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Landratsamt Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5. — **F. L. 100.** Sie sind verpflichtet, nur den Mietsbetrag zu zahlen, zu dem Sie von der Steuerkasse veranlagt wurden. — **E. K. 100.** Wir nehmen nach Ihrer Anfrage an, daß Sie aus der Kirche nicht ausgetreten sind; infolgedessen muß die Steuer für Sie gezahlt werden. — **Nr. 1517.** Der Abzug in der Höhe erscheint uns ungerecht. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Landratsamt Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5. — **M. Sch. 40.** Wenden Sie sich um eine für Sie passende Stelle an den Zentralnachweis Germannstraße. — **P. Kl. 99.** 1. Ja. 2. Ja, die Kündigung besteht zu Recht. 3. Ja Sie sind unzweifelhaft entlassen. — **L. Spandau.** Da nach Ihren Angaben der letzte Sohn aktiv dient, hätten Sie Anspruch auf Aufwandsentschädigung, wenn Sie für die andern drei Söhne eine sechsjährige aktive Dienstzeit nachweisen können. — **M. J. B. 11.** Die Alimentation in der von Ihnen angegebenen Höhe ist, besonders der jetzigen Zeit entsprechend, zu niedrig. Sie können daher Erhöhung beantragen. Der Vater des unehelichen Kindes hat keinerlei Verfügungsrecht über das Kind. — **T. 77.** Nein. — **Gretchen 27.** Sie haben keinen Anspruch auf die Reichswochenhilfe; leider auch keinen auf Bezüge aus Ihrer Krankenkasse, da Sie die Mitgliedschaft nicht weiter aufrechterhalten haben. — **E. M. 68.** Ein solches Gesuch müßte an das Generalkommando gerichtet werden. — **A. M. 100.** 1. Ja. 2. Bezahlung für Ihre Schriftanfertigung können Sie nicht verlangen. — **H. L. 51.** Ja. Sie werden erst aufgefordert, sich binnen einer bestimmten Zeit Beschäftigung in der Kriegsindustrie zu suchen. — **K. W. 85.** Nach Ablauf der 26 Wochen hätten Sie Anspruch auf Invalidenrente. Da Ihr Einspruch beim Kriegsministerium schon vor vier Monaten eingelegt ist, würden wir Ihnen empfehlen, durch Anschreiben auf Beschleunigung der Entscheidung zu dringen. — **F. B. 18.** Nach Ihren Angaben müßte der Mutter die Aufwandsentschädigung zustehen; jedenfalls soll sie den Antrag stellen. Die Reichsunterstützung für den zum Heeresdienst eingezogenen Sohn ist in der von Ihnen angegebenen Höhe richtig. — **H. K. 100.** 1. § 177 der Militärprozeßordnung. 2. § 47 des Militärstrafgesetzes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Franz Schilling

Pappelallee 55
am 24. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
132/19 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachrufe.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Albert Kleinschmidt

von der Firma Siemens, Charlottenburg, Heimholtzstraße, am 19. März im Alter von 56 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege der Droschkenführer

Karl Bethke

am 21. März im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntag, den 25. März 1917, verschied nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann und unser guter Vater, der Monteur

Wilhelm Grönke

im Alter von 47 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an
Elma Grönke nebst Kindern.

Trebbin, den 25. März 1917.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr statt.

Zum Sterbetage

meines lieben Freundes und Waffengefährten, des Gefreiten der Landwehr

Max Pickert

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl., gefallen am 27. März 1916 durch Granatschuß. 20736

Ein edler, guter, stets hilfsbereiter Mensch, einer der Besten, ist mit ihm dahingegangen.

In wehmütiger Erinnerung
Erich Paul
Sanitäts-Vizefeldwebel in einem Landw.-Inf.-Regt.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes

Hermi

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichen Dank.

Albert Schöttler, z. Z. i. Felde,
und **Frau.** 9081
Neukölln, Wartheстr. 60.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Ballschuhmacher

Gustav Gueffroy

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Dienstag, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Rege Beteiligung erwartet
170/1 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, des Gastwirts

Gotthelf Weichert

sage allen lieben Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank.

Emma Weichert.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.**, spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Kaninchen kauft

Abgezogen	Pfd. 3,50
Im Fell, ausgenommen . .	„ 3,—
Ausgeschlachtete Ziegen . .	„ 3,50

Tasche, Plauner 21. Hochbahn Hallesches Tor.

Elektrolyt Georg Hirth

hebt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt belebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenpackungen für 50 Pfg. bis 6 Mk. je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der **Ludwigs-Apotheke, München 5, Neuhauserstr. 8.**

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke. **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ob. Berufsstör. i. **Dr. Homeyer & Co.** kons. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrichstr.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl in **schwarzer Konfektion.**
Auf Wunsch Maßanfertigung in 8 Stunden.
Aenderungen sofort u. gratis.
Auswahlsendgn bereitwilligst.
Fernspr. A. Norden 8540.

ReutersWerke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer
ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
16. bis 20. Tausend.
Preis 40 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.
Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen. Kapitalabfindungs-Gesetz.
Buchhandlung Vorwärts 2
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.